

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mh., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 29. Juni 1922

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mh. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtanzeigen 5 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 74

Zur XI. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes

Generalversammlung und Bildungsproblem

Mit erfreulicher Deutlichkeit hat die Aussprache zur bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes gezeigt, daß das Denken der Kollegen nicht in der Lohnfrage stecken geblieben ist, die uns unter den gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen mehr, als es im Interesse der gesamten Arbeiterschaft wünschenswert ist, in Anspruch nimmt. Es hat sich gezeigt, daß weite Kreise der Kollegenschaft der Gewanke beschäftigt, auf welchem Weg und in welcher Weise die uns alle besorgenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen dem Verständnis der Allgemeinheit nähergebracht werden können. Von ganz besonderer Wichtigkeit aber ist die Frage, wie erzielen wir unsere Jugend und welche Wege wollen wir beschreiten, damit unser Nachwuchs in zielentsprechender Weise am Bau der deutschen Arbeiterbewegung mitwirkt?

Die verschiedensten Vorschläge und auch Anträge zur Generalversammlung liegen hier vor. Wir müssen uns fragen, ob namentlich die Anträge, die sich mit der Freistellung von Kräften für die Jugendbewegung und für die Agitation befassen, das Richtige treffen oder ob sich nicht im Rahmen des ADSB. Körperlichkeiten aufbauen, die in der Lage sind und auch die Aufgabe haben, das gesamte Bild der Arbeiterbewegung zu erhellen, wie es im Rahmen unserer Berufsorganisationen möglich wäre. Wenn es handelt sich doch in erster Linie darum, das Interesse und die Mitarbeit der gesamten Arbeiterschaft an den gegenwärtig schwebenden und noch aufstehenden Aufgaben zu wecken, Dinge, die die tätige Mitwirkung aller Kräfte der organisierten Arbeiterschaft verlangen. Und diese Kräfte ruhen nicht nur in unserer Berufsgemeinschaft, sie müssen sich in allen Reihen der Arbeiterschaft regen.

Im Hinblick auf die noch zu lösenden Fragen hat es daher der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für seine Pflicht gehalten, den Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft eine einseitige Grundlage zu geben. Diese wurde geschaffen durch den Beschluß, in allen größeren Städten Arbeiterhochschulen und Wirtschaftsschulen zu schaffen. In diesen Schulen wird sich das Bildungsbedürfnis, das in den Gewerkschaften lebendig ist, auswirken können. Es wird möglich sein, die Erfahrungen, die einzelne Organisationen mit ähnlichen Einrichtungen gemacht haben, auszunutzen und richtig anzuwenden. Gleichzeitig können diese Schulen, deren Errichtung hoffentlich bald erfolgen wird, auch als Vorschulen benutzt werden für die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf sowie für die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

In der Jugendfrage ist der ADSB. gleichfalls nicht untätig gewesen. Es besteht ein Jugendsekretariat und die Bildung von Jugendbaracken soll überall in die Wege geleitet werden und ist wohl schon vielerorts durchgeführt. Auch hier ergeben sich für unsere Lehrlingsabteilungen Anknüpfungspunkte und Anregungen, die nur befruchtend wirken können.

Was bleibt nun für die Generalversammlung auf dem so wichtigen Gebiete der Arbeiterbildung zu tun übrig? Was den vorstehend angeführten Gründen bin ich der Meinung, daß sich die Schaffung von Stellen als Agitations- und Jugendleiter ergibt. Wenn darüber wird sich wohl jeder Kollege klar sein, daß wir in nicht zu ferner Zeit zu einer Stabilisierung der Verhältnisse kommen müssen. Dann wird auch für unsere führenden Kollegen die Zeit vorhanden sein, sich mehr mit andern als nur mit Lohnfragen zu befassen, und so wird es dann möglich sein, die notwendigen Kräfte für die Agitation frei zu bekommen. Um Verbandsvorstand sitzen drei Sekretäre, wenn es nun durchaus notwendig sein sollte, eine Kraft freizumachen, dann wäre es vielleicht rascher, eine Hilfskraft für die rein verwaltungstechnischen Arbeiten einzustellen, eine Maßnahme, die wohl überflüssig wäre, wenn bald eine Festlegung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt. Sowohl der „Graphische Bund“, als auch der „Jugendbuchdrucker“ sind noch ausbaufähig, und die Personellfrage ist meiner Ansicht nach ganz auf gelöst.

Wenn alle diese Momente von der Generalversammlung genügend beobachtet werden, glaube ich, daß sich dann

ein Weg finden wird, der eine zufriedenstellende Lösung der Bildungsfrage in unserm Verbandsgebiet zuführt. Denn die größte Arbeit in dieser Richtung und ihr Erfolg hängt nicht von leitenden Personen ab, die nur in den Betrieben geleistet werden und da können wir alle tätigen Anteil nehmen.
Georg Bösch, Berlin-Steglitz,
a. St. Frankfurt a. M.

Zum § 26 des Verbandsstatuts

Der Ausfall der Wahl zur Generalversammlung im Gau An der Saale zwingt mich, zum § 26 des Statuts Stellung zu nehmen. Bekanntlich war Magdeburg auf der letzten Generalversammlung nicht vertreten, obgleich unter Beirath fast ein Drittel aller Mitglieder im Gau An der Saale zählt. Es hatte fast den Anschein, als ob damals im Gau ein geschlossener Block gegen Magdeburg gebildet worden war. Eine Wendung zum Bessern ist in diesem Jahre nicht eingetreten, denn alle fünf Magdeburger Kandidaten sind wieder glatt durchgefallen. Dabei befand sich unter unsern Kandidaten ein Kollege, der schon zweimal, in Danzig sowohl als in Hannover, unsern Gau als Delegierter auf der Generalversammlung vertreten hatte, den Mitgliedern im Gau also kein Fremder ist. Im allgemeinen hat der Name Magdeburg unter unsern Kollegen im Reich einen guten Klang. Wenn in den letzten Jahren die Kollegen an manchen Orten in eine Bewegung eintraten, die zur Arbeitslosigkeit führte, so haben diese Kollegen nie vergeblich an unsere Tür geklopft. Man kann das Magdeburger Lager, das die Delegierten unter Kollegen geradezu vorbildlich war. Am 10. März wurden die Kollegen an diesen Orten über den Ausfall der Wahl in unserm Gau erkrankt sein, der Magdeburger wieder von der Teilnahme an der Generalversammlung ausschließt. Man werfe hier nicht ein, daß Magdeburg sich in der Zahl der Kandidaten hätte größere Beschränkung auferlegen müssen. Selbst wenn der Stimmzettel nur zwei Magdeburger Kollegen aufgewiesen hätte, so muß angenommen werden, daß bei der im Gau gegen Magdeburg herrschenden Stimmung ein Erfolg für uns nicht herausgesprungen wäre.

Möchte man hier nur eine Änderung des Wahlmodus schaffen. In weiterverzweigten Gauen kennen die Mitglieder in der Regel nur den Gauvorsitzer und den Bezirksleiter. Selbst wenn in diesen Gauen keine Strömungen vorhanden sind wie im Gau An der Saale, so entscheidet bei der Wahl sehr oft der Zufall. Raslos steht der Abstimmende dem Stimmzettel durch, der durchweg ihm fremde Namen enthält, hängt an, auf der Liste zu streichen, meistens von unten an, und das nennt man dann Wahl. Der jetzige Wahlmodus degradiert meines Erachtens das Wahlrecht. Es ist einfach ein Ländchen, daß der Wähler über Kandidaten abstimmen soll, die ihm in der Mehrzahl in ihrer Stellung zu den Vorgängen im ganzen Verbandsleben fremd sind.

Hier muß mit dem Mitgebrachten gebrochen werden, eines der höchsten Rechte im Verbandsleben, das Wahlrecht, muß stückchen auf eine höhere Stufe gestellt werden. Solche Zufälligkeiten, wie sie zweimal Magdeburg passiert sind, müssen für die Zukunft unmöglich sein. Einen Ausweg aus dem Holze weisen die Anträge Nr. 114 und 115, von Breslau und Magdeburg gestellt, die bezwecken, daß die Gawe in bestimmte Wahlbezirke eingeteilt werden und diese Bezirke selbständig den Kandidaten wählen. Dann ist der Abstimmende wirklich im Bilde, wenn er seine Stimme gibt, dann kann er durch sein Votum mitbestimmen und wirken auf alle Fragen, die im Verbandsleben auftreten. Weib er dann doch, welche Stellung die vorgeschlagenen Kandidaten einnehmen zu allen Fragen, die das Verbandsparlament beschäftigen. Teht ist die Wahl bei vielen Kollegen durch die von mir geschilderten Umstände eine rein mechanische Arbeit. Bei Annahme der Anträge 114 und 115 würde jedenfalls der Wahlakt viele Kollegen erst zum Nachdenken anregen, was auf der Generalversammlung alles zur Verhandlung steht und wie die aufgestellten Kandidaten sich hierzu stellen. Dann käme die Meinung der Mitglieder wirklich unverfälscht zum Ausdruck und Schlußfolgerungen, wie die letzte Wahl im Gau An der Saale, wäre ein für allemal ein Regel vorgeschoben.

Magdeburg.

August Stemmann.

Urwahl und Wahlordnung

Als Verfechter eines uneingeschränkten Mitbestimmungsrechts innerhalb der Organisation fordern wir bei allen Wahlen von besonderer Bedeutung die Urwahl nach dem Verhältniswahlsystem. Das ist eine rein demokratische Forderung, die von großen Mitgliederkreisen gestützt wird und durch ihre praktische Verwirklichung in andern Organisationen auch für uns ein selbstgemäßer Bedeutung gewinnt. Der hiergegen bisher erhobene Einwand, daß dadurch der politische Meinungsstreit in den Gewerkschaften verewigt wird, geht nicht nur von falschen Voraussetzungen aus, weil er nur mit politischen Argumenten rechnet, sondern ist auch ein sehr billiges Argument, mit dem man sich jeder weitergehenden gewerkschaftlichen Forderung erwehren kann. Das sollen auch unsere Kollegen bald erkannt haben und müßte sie veranlassen, einmal darüber nachzudenken, daß man doch auch ohne das Vorhandensein politischer Meinungsverhältnisse in nur rein gewerkschaftlichen Fragen sehr verschiedener Meinung sein kann und deshalb nach einem Ausdrucksmittel für die Stimmung der Kollegen in den wichtigsten Organisationsfragen suchen muß. Ein solches Ausdrucksmittel ist das Verhältniswahlsystem, dessen Verwirklichung nicht nur, wie bereits oben bemerkt, in andern gewerkschaftlichen Organisationen, sondern auch im Betriebsratgesetz und in den Wahlvorschriften zu den verschiedenen öffentlichen Körperlichkeiten möglich gemacht worden ist. Allzu ängstliche Gemüter sollten mehr bestrebt sein, nicht jede gegenläufige Meinung immer in den politischen Gegensätzen zu suchen, sondern, wie schon gesagt, sich dessen bewußt werden, daß man auch in rein gewerkschaftlichen Fragen oft verschiedene Meinungen hat. Kann dann würde von dem allzuviel in der Einbildung erklärenden Bruderhess vieles ausschneiden und wir wären das, was wir sein sollen: Mitglieder einer Organisation, in der jeder das Beste zum Nutzen der Gesamtheit will, ohne daß wir 'Immer' einer Meinung zu sein brauchen.

Die Richtigkeit dieser Behauptung dürfen wir heute an führender Stelle lebenden Kollegen bestätigen, die ja auch in ihrer Jugendmahnblüte trotz Nichtvorhandenseins politischer Meinungsverhältnisse im heutigen Ausnahme begeisterter Anhänger der Opposition gewesen sind und noch heute bekennen, daß es eine Opposition geben muß. Als bestes Ausdrucksmittel dafür betrachte ich, wie gelangt, das Verhältniswahlsystem; und wir dürfen uns wohl der angenehmen Hoffnung hingeben, daß uns unsere ehemaligen Oppositionskollegen, auch wenn sie sich heute zu einer höheren Auffassung „durchgerungen“ haben, hierbei tatkräftig unterstützen werden. Damit wäre doch ein sehr gutes Barometer geschaffen, das auch unsere Organisationsinstanzen in der Beurteilung der allgemeinen Stimmung innerhalb unserer Organisation oft gute Dienste leisten könnte.

Bis zur Verwirklichung dieser von uns erhobenen Forderung haben wir uns aber mit den zur Zeit bestehenden Verhältnissen abzufinden und unser Augenmerk auf die uns bei verschiedenen Wahlen zugelassene Urwahl zu lenken. Und da haben wir darauf hinzuwirken, daß mit der Gewährung der Urwahl allen Fällen auch das Wie einer Urwahl geregelt ist. Nicht auf die Urwahl allein kommt es an, sondern wesentlich mehr darauf, wie sie durchgeführt wird.

Diese Bedenken waren auch der Nürnberger Generalversammlung aufgetragen, als sie, nicht zuletzt ganz besonders durch die damaligen Wahlen in Berlin, den Verbandsvorstand mit der Wahlordnung beauftragte und dadurch den sogenannten „Wahlmachern“ zum Bewußtsein brachte, daß eine Urwahl eben eine Urwahl und nicht ein Fälschungsmandat ist. Ich weiß nicht, ob ich die im Berliner Gauvorsitzand erkennbare Unzufriedenheit mit der Wahlordnung mit Vorgefalltem in Zusammenhang bringen darf? Wunderlich wäre es nicht. Nach dem, was wir in Berlin, abgesehen von vielen andern, allein an Wahlen erlebt haben, dürfte es manchem schwer werden, sich an ein geordnetes Wahlverfahren zu gewöhnen.

Wir haben zur diesmaligen Verbandsgeneralversammlung zum ersten Male nach der Wahlordnung gewählt, und ohne behaupten zu wollen, daß so eine Neugeburt nicht schon technisch verbesserungsbedürftig wäre, können wir doch immerhin feststellen, daß wir durch diese Wahlordnung einer unbedenklichen Urwahl wesentlich näher gekommen sind und daß uns durch dieselbe in Berlin die langersehnte Möglichkeit gegeben war, ein Bild von der wahren Stimmung unserer Kollegen zu bekommen.

Als wir beispielsweise im Dezember vorigen Jahres in Berlin die Wahlen der Bezirksvorstände und der Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen hatten, sah sich die Opposition vor ein Ergebnis gestellt, das auf der Gegenseite Freundschaftsbündnisse auslöste und dem Berichterstatter des Gauverbandes im „Korr.“ Nr. 145 nach eingehender Würdigung des Wahl-Ergebnisses die Schlussfolgerung entlockte: „Durch dieses Resultat hat die Opposition gemäßigten Boden verloren.“ Schweißniedrig, obder mit den Berliner Verhältnissen vertraute Berichterstatter das damals selbst geglaubt hat oder ob bei ihm mehr der Wunsch der Vater des Gedankens war. Fest steht jedenfalls, daß dieses Wahlergebnis überhaupt nicht als solches angesprochen werden kann, und daß es sich hier lediglich um eine durch unerhörte wahltechnische Umstände bedingte Zangenarbeit handelte. Wie so nach Wunsch zustande gebrachte Generalversammlung bewahrte dann auch den Gauverband vor der Urwahl, indem sie dieselbe einstimmig ablehnte. Dasselbe Theater erlebten wir dann bei der Wahl des Delegierten zum bevorstehenden Gewerkschaftskongress und vieles andre, was ich mir sparen will. Ich schreibe damals im „Korr.“ Nr. 149: „Die tatsächliche Stärke der Richtungen kann nur durch eine Urwahl festgestellt werden. Die Wahlen zur Verbandsgeneralversammlung werden uns dazu Gelegenheit geben, weil hier das Verbandsstatut die Urwahlen vorschreibt. Dann wollen wir uns sprechen.“ Ich könnte heute an den Berichterstatter die Frage richten, wie er nunmehr über den Resonanzboden der Opposition denkt, wenn wir das Resultat der Delegiertenwahl zur Berliner Generalversammlung dem Wahlergebnis zur Verbandsgeneralversammlung gegenüberstellen. Ich spare mir das. Der Ausgang der Wahl spricht für sich.

Aber gerade die Berliner Verhältnisse bestimmen uns dazu, die vom Verbandsvorstand herausgegebene Wahlordnung zu begrüßen, sie erweist in uns den besten nicht vererbten Glauben, daß wir so viel besser und schneller zu der von uns allein erkannten Verbesserung kommen, als durch Wahlmänner und Entzweiungsgeschichten gegen die Opposition, die uns doch nur das Wasser an die Mühlen treiben können.

Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder darf durch keinerlei Anknüpfungen beeinträchtigt werden, ebenso wie das Recht der Urwahl bei allen Wahlen von Bedeutung gesichert und unter den Schutz einer einwandfreien Wahlordnung gestellt werden muß. Darüber hinaus müßten die einzelnen Gaus verpflichtet werden, sich solchen von der Verbandsgeneralversammlung geschaffenen allgemeinen Gesetzen bezüglich der Gestaltung ihrer Statuten unterzuordnen. Abwollenden Einflüssen, die sich schon heute gegen die Wahlordnung bemerkbar machen, werden wir entgegenzutreten und darüber Klarheit schaffen, daß der Meinungsstreit innerhalb unserer Organisation vielmehr ein Streit um die demokratische Gestaltung derselben ist, als um die politischen Meinungsverschiedenheiten. Als Verfechter eines ungeschwächten Mitbestimmungsrechtes steht für mich innerhalb der Arbeiterorganisation die Demokratie als der wachsende Charakter von der großen Masse der Mitbestimmten. Um diese Demokratie werden wir kämpfen und ihren Besitz zu verteidigen wissen, weil sie uns als die geeignete Grundlage der in der Entwicklung liegenden Verhandlung erscheint.

Berlin-Neukölln. Otto Fiedler.

Die praktische Seite des Industrieverbandes

Die Auseinandersetzungen im „Korr.“ über das Thema: „Berufs- oder Industrieverband“ werden so lange fruchtlos sein, wie nur das rein Theoretische des Problems erörtert wird. Erst die Aufklärung der praktischen Seite irgendeines Problems ermöglicht es, dasselbe so vollständig zu beherrschen, daß sich auch die letzte Frage von selbst klärt. Die Beherrschung des Industriebandsproblems besteht aber darin, den Berufsstandpunkt vollständig verlassen zu können. Um der Kollegenchaft im allgemeinen und unsren Generalversammlungsdelegierten im besondern dieses notwendige Vertrauen des Berufsstandpunktes (den ja die Unternehmer auch nicht mehr kennen) zu erschaffen, wähle ich Beispiele aus anderen Industrien. Der „Korr.“ trifft den Nagel an den Kopf, wenn er schreibt, daß die Industrieverbände entwicklungs-geschichtlich kommen werden. Die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung ist nun folgendermaßen verlaufen: Die sorgfältige natürliche Zunahme der Menschen veranlaßte dieselben, dem Erdboden immer mehr und mehr zum Leben notwendige Güter (Nahrungsmittel, Kleidung usw.) abzurufen. Das dadurch bedingte Hand-in-Hand-Arbeiten hat von der primitiven urkomunistischen Güterzeugungsform in grauer Urzeit im Laufe der Jahrtausende über die Manufakturform des Mittelalters und Mittelalters allmählich zum selbständigen Kleinbetrieb und von ihm unter stürksterlichen Begleiterscheinungen (Kaufmanns, Weber“) in rasendem Tempo zum modernen Kleinbetriebe geführt. Immer mehr und mehr verschiedene Berufe sind in einem Betrieb vereinigt; so daß sich z. B. in optischen und chemischen Werken, Modewarenfabriken usw. die Einrichtung von eigenen Werk- und Hausdruckereien notwendig gemacht, um den gesteigerten Bedürfnissen der Menschen nach Waren aller Art möglichst schnell Rechnung tragen zu können. Tausende von Buchbindern und Papierarbeiterinnen sind in der Zigarettenindustrie beschäftigt usw. Die Kleinbetriebe scheitern aber (international betrachtet) so ungebührlich an den Massen der Arbeiter, daß ihre Besitzer, die Kapitalisten, vollständig den Überblick über die Abhängigkeiten verloren haben. Die durchbaren Wirtschaftskrisen sind die Folgen. Regelung von Produktion und Absatz ist die einzige

Rechtung; sie kann nur von denen durchgeführt werden, die von den Krisen am schwersten betroffen werden, von uns selbst. Die Regelung der Wirtschaft bedingt aber wegen des erwünschten Hand-in-Hand-Arbeitens die industrielle Almoranganisierung des arbeitenden Volkes; mit andern Worten: Schaffung von Industrie- (Besser-Produktionsregulierungs-)verbänden. Es müssen nicht nur unsere Arbeiter, Transportarbeiter, Angestellten usw. zum Graphischen Industrieverbandes fassen, sondern auch, das ergibt sich nun mit zwingender Logik, die erwünschten Buchbinder der Zigarettenindustrie zum Nahrungs- und Genussmittelindustrieverbande (Zigaretten-Genussmittel), die Buchdrucker und sonstigen graphischen Arbeiter in Modewarenfabriken usw. zum Bekleidungsindustrieverband usw. sich umorganisieren. Das der Graphische Bund für diese andern Industrien nicht ausfindig sein kann, ist wohl klar. Klar ist aber auch, daß zur Regelung der Produktion nur überpersönliche in Frage kommen können, welche die verschiedensten Berufe in sich vereinigen. Der Name spielt ja keine Rolle, nennen wir diese regelnden Organe meinetwegen Betriebsräte oder sonstwie. Es handelt sich absolut nicht um Schaffung neuer Organisationsformen, sondern nur um straffliche Zentralisierung des schon Bestehenden; über doch heute schon z. B. die Betriebsratsmitglieder der Zigarettenbuchbinder in den Betriebsratsversammlungen neben den Fleischern und Bäckern, ebenso die Buchdrucker der Bekleidungsindustrie neben den Schülern- und Spigenverkäulern usw. Da der Berufsgedanke aber seit Jahrtausenden in den Menschen fest drinsteht, wird es (leider) erst unerhörte wirtschaftliche und politische Anrechnung und Verelendung zugeben bringen, ehe das Proletariat den Berufsgedanken abschüttelt und sich selbst vertraut, um aus eigener Kraft heraus im gemeinsamen Handeln an die Regelung der Produktion heranzugehen. Deshalb werden auch erst die Industrieverbände Fundamente des Selbstvertrauens sein! Unerschütterliche politische und wirtschaftliche Verhältnisse haben aber noch Niemand zur Revolution geführt. Ich glaube, an Hand praktischer Beispiele klar genug nachzuweisen zu haben, daß auf Generalversammlungen die Schaffung von Industrie- bzw. Produktionsregulierungsverbänden nur besprochen, aber nicht beschlossen werden kann; sondern daß dieselben im Verlaufe der sozialen Revolution auf der Grundlage des zentral ausgebaute Betriebsratsinstitutes entstehen. Das die internationale kapitalistische Entwicklung zur sozialen Weltrevolution treibt, verursacht das von Karl Marx entdeckte Gesetz der fortgesetzten sinkenden Profitrate, welche durch noch so schön aussäufelnde Pläne wie: Bodenreform, Freiland, Freigeldbewegung, Festwährungsprobleme usw. nicht wasserperimentiert werden kann. Also fort mit den Theorien, lernt praktisch zu denken!

Dresden. Konrad Bremer.

Correspondenzen

Die Tarifkämpfe stehen zur Zeit in Osnabrück nach in Barmen, Stalpinen und Wexen. Zugang nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Bei Konfliktangeboten aus Osnabrück ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufragen.

Berlin. In der letzten Zeit wurde in den Fachblättern vor einem Faktor Richard Speck gewarnt, der allerlei Unrechlichkeiten begangen haben soll. Wie letztendlich werden konnte, kommt jedoch ein Seher Rudolf Speck in Betracht. Der Faktor Speck hat durch die Verweigerung schon Unannehmlichkeiten gehabt, weshalb diese Klärstellung öffentlich erfolgt.

Berlin. (Korrekturen.) In der Malmonatsversammlung bestärktwünschte der Vorliegende zunächst den Kollegen Herrenbrück zu seinem bevorstehenden achtstägigen Geburtsfest. Nachdem wurden einige Neuanmeldungen mitgeteilt. Der anschließende Vortrag des Kollegen Grams über „Die Aufgaben der ersten Generalversammlung in Leipzig“ wurde mit großem Interesse von der Versammlung aufgenommen. Zur Illustration der Fallausführung am 26. Mai wurden dann einige der üblichen „Schreckgeschichten“ aus der „Zukunft“ vorgelesen, die von jener Stelle vor jeder Lohnbewegung so gern abgegeben werden. — Am 2. Juli findet eine von Herrn Dr. Brendtke veranstaltete Führung durch Alt-Berlin statt.

Blumenthal (Hann.). Am 19. Mai wurde der Ortsverein Blumenthal im Verbands der Deutschen Buchdrucker aus der Laufe gehoben. Dem jungen Vereine gehören 20 Kollegen an, doch dürfte sich die Zahl durch fortwährende Einstellungen bei der Werbe-Verlag W. G. Blumenthal noch steigern. Ein langgehegter Wunsch der Blumenthaler Kollegenchaft ist also in Erfüllung gegangen.

Danzig. Der Buchdruckerverein der Freien Stadt Danzig beschloß sich in der Mitgliederversammlung vom 1. Juni zunächst mit dem neuen Schiedspruch. Der Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig, Kollege Klobowski, hielt sodann einen Vortrag über „Die Aufgaben der Danziger Gewerkschaftsbewegung in Gegenwart und Zukunft“. In fünfteiligerfälliger Auslegung, die er häufig mit eigenen Erfahrungen durchsetzte, behandelte er Entsehung und Ausbau der einzelnen Mitgliedschaften auf dem stetigen Boden des Offens und vor allem die organisatorischen Notwendigkeiten der nahen und fernen Zukunft, besonders bezüglich des Verbleibens bei den deutschen Zentralverbänden. Zum Schluß wog er die Möglichkeiten der indirekten Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Bearbeitung sozialpolitischer Gesetze im Danziger Parla-

ment ab, unter besonderer Berücksichtigung des vor der Tür stehenden Danziger Betriebsrätegesetzes.

Orielen-Altkarbe-Friedeberg. In einer am 20. Mai von Kollegen aus den genannten Orten abgehaltenen Versammlung in Altkarbe wurde die Gründung eines Ortsvereins vorgenommen. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Hermann Weh (Orielen) als Vorsitzender, Wilhelm Spießhöber (Orielen) als Kassierer. Der Ortsverein besteht aus: Orielen-Altkarbe-Friedeberg und zählt zur Zeit 17 Mitglieder. Hoffen wir, daß unter junger Berlin unter Mitarbeit eines jeden Kollegen sich weiterer großer Organisations würdig erweisen wird.

Glogau. (Maschinenleher.) Bei herrlichem Malwetter markierten am Himmelstafel die bleichen Maschinenleher kolligibel den Oberbaum entlang nach Rablen, woleibst unsre Wanderversammlung stattfand. Nach einigen internen Sachen hielt der Vorsitzende Sentische einen interessanten Vortrag über „Unsre Linotypendruckerei“. Der Vortrag des Inhalts kann dahin zusammengefaßt werden, daß wir Maschinenleher alle an der Fortentwicklung unsres Schmalzleherwesens in bezug auf die Technik wie an der Produktion von Qualitätsarbeit stark interessiert sind. Der Vortragende stellte fest, daß die Linotypendruckerei seit Kriegesbeginn keine neuen Schriftschnitte, trotzdem sie sehr begehrt würden, herorgebracht habe, während unsre deutschen Schriftgießereien viele moderne Schriften auf den Markt gebracht hätten. Hier baldigt Abhilfe zu schaffen, sei notwendig, wenn sich die Wertarbeiter ihren Ruf nicht freilich machen lassen wolle. Unter „Technischem“ wurde eines technischen Hilfsmittels Erwähnung getan, das namentlich bei schmalen Formaten gute Dienste leistet. Es besteht aus einem sogenannten Zwischenschnitt, womit sich dann leicht jedes Format einstellen läßt. Dieses praktische Hilfsmittel wurde mit beschließendem Ergebnis ausprobiert.

K. Sagen i. M. In Altkarbe tagte am 28. Mai die zweite ordentliche Bezirksversammlung des Bezirks Sagen. Bei Feststellung der Präsenzliste ergab sich, daß diesmal der Bezirksvorort durch eine relativ hohe Anwesenheitsziffer glänzte. Eine Besserung, die verdient, registriert zu werden. Nur dürften sich die längeren Absenzen noch zahlreicher beteiligen. Die Tagung wurde eingeleitet durch zwei, von der „Topographia“ Sagen vortragene himmelvolle Chöre. Nach einer längeren tariflichen Debatte hielt zu den in Nr. 50 des „Korr.“ veröffentlichten Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes der Bezirksvorliegende Lorenz ein kurzes Referat, dem sich eine ausgiebige Aussprache angeschlossen. Zum Schluß ver sprach Kollege Lorenz, auf der Generalversammlung sein möglichstes zu tun, um den Vorbereitungen der Mitglieder, soweit sich diese festhalten lassen, zur Durchführung zu verhelfen. — Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung wurde Neheim gewählt.

Hannover. In untrer am 1. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung leitete der Vorliegende die Tagung mit dem auf unser Geluch an das Landesfinanzamt betreffend Steuerfreiheit der Nachschüsse endlich eine Antwort eingegangen sei, die sich mit der bereits im „Korr.“ veröffentlichten Notiz deckt. Sodann erhielten unsre Anwesenden nach einer kurzen Ansprache des zweiten Vorsitzenden Schrader ihre Aufnahmebescheide; auch wurden sie noch von Vorliegenden ermahnt, recht stichtige und eifrige Verbandsmittglieder zu werden. Sein 50jähriges Jubiläum konnte der Kollege Peitzsch feiern; er erhielt vom Lokalverein ein Glückwunschschreiben mit dem üblichen Geldgeschenk. Der Schlichtungsausschuss batte sich auch wieder mit einer Klage wegen Entlassung eines Kollegen zu befassen, die durch Vergleich zugunsten des betreffenden Kollegen erledigt wurde.

Hannover. Die Maschinenlehervereinigung im Gau Hannover hielt am 21. Mai ihre erste ordentliche Gaugeneralversammlung ab, die gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Dannert eindruckt unsres so pöblich verstorbenen langjährigen Kassierers Kollegen Otto Wurf, der stets unermüdet für die Sparte gearbeitet hat. Ein vielbesprochenes Gedanken ist ihm sicher. Dem gedruckt vorliegenden Jahresberichte war nichts Besonderes hinzuzufügen. Ein Antrag, den Gausbeitrag pro Monat um 60 Pf. zu erhöhen, gelangte zur Annahme, ebenso wurden die notwendigen Statutenänderungen und sonstigen Anträge angenommen. Als Gauvorsitzender wurde Kollege Dannert wiedergewählt. In der Aussprache kam die Mißbilligung darüber zum Ausdruck, daß der Zuloh von 10 Mk. bei dem letzten Lohnabkommen abgelehnt ist, dadurch wird unser Gesamtzuschlag prozentual immer geringer. Die Gaugeneralversammlung sprach die Erwartung aus, daß die Zentralkommission alles aufbieten wird, diese Ungerechtigkeit bei den kommenden Beratungen für das Statutenabkommen wieder gutzumachen. Zur Aufnahme meldeten sich neun Kollegen. — Neben dieser Versammlung batte der Hannoverische Maschinenleherverein eine überörtliche Ausstellung von Schablonen, Maschinenrollen usw. arrangiert, welche die vielseitige Verwendbarkeit der Maschine zeigte. Der Besuch hätte besser sein können.

Osnabrück. Unsre Versammlung vom 2. Juni beschloß sich nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten mit dem Schiedspruch für Juni. Beschlossen wurde ferner, zur Stärkung der Metallarbeiterklasse 5 Mk. pro Mitglied abzuführen. In Halleimien steht kein Mitglied von uns mehr; alle dort herausgezogenen Kollegen haben anderweitig Arbeit gefunden. In Füssenau steht der Kollege Luche noch immer im Ausstand.

Reutlingen. Die Bezirksversammlung am 21. Mai war sehr schlecht besucht. Wir möchten nicht veräumen, die nicht anwesend gewesenen Kollegen an ihre Pflicht

gegenüber der Organisation zu erinnern. Die Abwicklung der sehr reichhaltigen Tagesordnung ging rasch vor sich. Als Delegierte zum Ganztage wurden die Kollegen Wilhelm Horkheimer und Paul Müller (Reutlingen) sowie für den Bezirk Ebinger (Nürtingen) bestimmt. Die Abhaltung eines Bezirksjubiläumfestes wurde beschlossen; daselbe wird durch einen obligatorischen Beitrag von 20 Mk. pro Mitglied finanziert. Die Berichte der einzelnen Druckerei brachten wenig Erfreuliches an den Tag. Es sind aber immer wieder die Kollegen selbst, die es in der Hand haben, die in der Versammlung angeführten Mängel zu beheben.

sc. Schwern. (Maschinenlehrevereinigung Mecklenburg-Vorpommern.) Unse letzte Generalversammlung fand am 21. Mai in Bad Kleinen statt. Sie nahm besonders zu unsern Vorschlägen und bezüglichen Statuten von Zentralkommission, Verbandsvorstand usw. Stellung. Die lebhafteste Aussprache hierzu endete mit der Annahme einer Entschliessung, worin Verbesserung und Anzuehmigung zum Ausdruck kommt. Gegenwärtig an eine spezielle Arbeitseinstellung zu denken, sei in unserm Gau keinem Maschinenlehrer in den Sinn gekommen. Jedemfalls wird aber für die Zukunft auch unterlecks eine ganz entscheidende zentrale Vertretung der Maschinenlehrerzulage erwartet. Die Berechtigung erhöhter Forderungen für die Sechsmaschinenbedienung erhielt die Versammlung ohne weiteres als feststehend. Der Jahresbericht für 1921 mit Abrechnung lag gedruckt vor und fand allgemein Zustimmung. Er gibt Zeugnis von einer recht regen Organisationsarbeit in unserm Bezirk. Unser gegenwärtiger Mitgliederstand beträgt 100. Beschlossen wurde dann, den Beitrag zu verdoppeln. Des weitern wurden einige wichtige Statutenänderungen vorgenommen und mehrere tarifliche Fragen besprochen. Der bisherige Vorstand wurde unter Anerkennung seiner Tätigkeit einstimmig wiedergewählt. Als Ort für die nächste Generalversammlung im September wurde Güstrow bestimmt.

Stade (Hann.). Am 13. Mai fand unsere Monatsversammlung statt, die sich guten Besuchs erfreute. Die reichhaltige Tagesordnung begann mit dem Punkte „Vorstandswahl“. Zum neuen Vorsitzenden wurde Kollege Hinte gewählt. Hieran erfolgte Stellungnahme zum letzten Lohnabkommen, worüber besonders berichtet wurde. Der Beitrag an Orte wurde um 2 Mk. erhöht pro Woche. Neue Satzungen werden in der nächsten Versammlung vorgelegt werden, wozu eine Kommission gewählt wurde.

Bezirk Straubing. Der Bezirksversammlung am 21. Mai in Plattling ging vormittags eine Bezirkslehrerlagsversammlung voraus, die von 14 Beheringen besucht war. Bezirksvorsitzender Straßler (Straubing) hielt den Jungens ein Referat über Zweck und Ziele der Lehrerbildung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, dem sich eine lebhaft Diskussion anschloß. Dann folgte ein reichhaltiges Referat über die Verhältnisse der Buchdrucker in Straubing. Nach dem Referat wurde die Tagesordnung abgelesen. Die Besprechung der Verhältnisse der von 28 Kollegen aus Straubing, Deggendorf, Landau, Regen, Plattling besucht war; außerdem war ein Kollege vom Bezirksverband Passau anwesend. Nach dem Berichte der einzelnen Kollegen aus dem Bezirke können die tariflichen Verhältnisse als gute bezeichnet werden, mit Ausnahme von Regen, wo die Teuerungszulage noch nicht ausbezahlt wurde. Weiter gab der Referent bekannt, daß auch in der Urlaubsfrage ein Vorstoß von Straubing aus gemacht wurde, indem der Urlaub herabgemindert werden sollte. Die Kollegen sollten sich aber ihr tarifliches Recht nicht nehmen lassen und auf ihrem Urlaub bestehen, wie dies auch in Straubing geschehen, wo mit dem Urlaub begonnen wurde. Ein Antrag, in Folge der hohen Kosten nur eine Bezirksversammlung im Jahr abzuhalten, wurde abgelehnt, denn der Ernst der Zeit werde es notwendig machen, daß die Kollegen öfter zusammenkommen, um über ihr Schicksal zu beraten. Dem Kollegen Straßler wurde für seine umsichtige Geschäftsführung Dank abgefaßt.

Die Aufnahme des neuen Lohnabkommens

Eberfeld. Die Bezirksversammlung am 6. Mai beschloß sich auch mit dem Lohnabkommen für den Mai und mit dem Streit um unsere Industriezulage, worüber Kollege Marx referierte. Sämtliche Diskussionsredner wandten sich gegen die zu geringe Erhöhung der Lohnsätze, die durch die fortschreitende Teuerung längst überholt sei. Das Abkommen fand durch eine entsprechende Resolution noch förmliche Billigung. — In der Versammlung am 18. Juni sprach Vorsitzender Weber die Lohnregelung für den Juni. Die Anzuehmigung damit zeige sich auch daran, daß die Eberfelder Vertrauensmänner schon dem Gehilfenvertreter die Forderung übermittelte hätten, daß noch im Juni neue Verhandlungen stattfinden müßten. Scharf wurde in der Diskussion das ungenügende Maß des neuen Lohnabkommens verurteilt sowie dessen eventuelle Dauer. Die Gehilfenvertreter durften auf keinen Fall die Konzession machen, für den Monat Juli keine neuen Forderungen zu stellen, wenn nicht wesentliche oder gar katastrophale Veränderungen hinsichtlich der Teuerung eintreten. So etwas müsse empirieren. (In Eberfeld hat man sich also die Argumente der Prinzipale zu eigen gemacht, denn die Gehilfenvertreter haben etwas anderes erklärt. Red.) Die Versammlung verlangte daher, daß die Lohnkommission bzw. der Tarifauschuß am 26. Juni wieder zusammentritt, damit die Gehilfenchaft endlich an der Lohn herankommt, der zum Leben notwendig ist.

Werna. Auf unserer Bezirksversammlung am 21. Juni in Wendischbäre bei Schandau konnten wir

den Kollegen Robert Braun (Berlin) als Referenten begrüßen. Er behandelte das Thema „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen“ sehr eingehend und lehrreich. In der Debatte trat das letztmalige Lohnabkommen in den Vordergrund. Die Lebensweise in der Provinz sei heute teurer als in den Großstädten. Der Referent wurde von so manchem Schmerz der Provinzkollegen unterrichtet, demgegenüber vom Wohletgehen der meisten Provinzprinzipale gesprochen werden könne. Das Sozialklausurwesen wurde als nicht mehr zeitgemäß betrachtet, wofür die Unterschiede zwischen Dresden und Werdau einerseits sowie Werna und Sebnitz andererseits angeführt wurden. Am Eingange zur Sächsischen Schweiz und als Abschluß des Industriebezirks haben wir ganz schwierige Verhältnisse. Kollege Braun unterwies darauf mit einem geschickten, oft humordurchsetzten Schlußwort.

Paffau. Die Versammlung am 3. Juni erkannte wohl die Energie bei den letzten Lohnverhandlungen an, sie könnten aber schon nach einer Stunde ihre Mappen packen, wenn die Prinzipalfürsicht wieder auf einen solchen Standpunkt stelle. Das Lohnabkommen für Juni sei doch gar zu spärlich ausgefallen. Hier, wo so viele Schwämme bauen und die Lebensmittelpreise doch treiben, werde das besonders empfunden. Wenn das Verhandlungsergebnis nicht wirklich befriedigend ausfalle, müsse Urabstimmung stattfinden. Die Maschinenlehrer beklagten sich speziell über ihre schmaler werdende Zulage und protestierten gegen die Höherbewertung einer Typmannschaft.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Zur Frage der Erfindung der Buchdruckerkunst. Anlässlich seines 25jährigen Bestehens veranstaltete der Maschinenmeisterklub Mainz im Gutenbergmuseum dortselbst zur Zeit eine Ausstellung „Die Druckkunst unserer Zeit“, die bei den Kollegen und andern interessierten Einwohnern von Mainz großen Beifall findet. Am Eröffnungstage hielt Dr. Cronnier einen Vortrag zur Einführung. Er schilderte die Entwicklung der Druckkunst von Gutenberg bis auf unsere Zeit, beleuchtete den Aufschwung im 19. Jahrhundert durch Erfindung der Lithographie, der Autotypie, des Kupferstoffsdrucks und des Gummidrucks. Redner wandte sich alsdann der Gutenberg-Coster-Frage zu, die von Sedler in Wiesbaden angeregt wurde. Auf Grund einer fälschlich Chronik aus dem Jahre 1499, verfaßt von einem gewissen Martin Zell, behauptet Sedler in seiner Schrift, der Holländer Coster sei der Vorläufer Gutenbergs gewesen. Das Buch Sedlers wurde vor einiger Zeit in der „Frankfurter Zeitung“ von dem früheren Direktor der Mainzer Stadtbibliothek Dr. Bing, der für Sedlers Anschauung eintrat, besprochen. In eingehender Weise wurde „Dr. Cronniers“ Vortrag, der die „Ursprungsgeschichte“ des Buchdrucks behandelt, durch den Leiter der Ausstellung, den Kollegen Sedler, kritisch beleuchtet. Die Holländer selbst würden die Priorität Gutenbergs nicht bestreiten. Nachdem noch der Vorsitzende des Maschinenmeisterklubs Mainz, Kollege A. Kloe, der Stadtverwaltung und der Leitung des Gutenbergmuseums für ihr Entgegenkommen gedankt hatte, fand ein Rundgang durch die Ausstellung statt. Neben 40 große Firmen Deutschlands haben die Ausstellung besucht, die in mehreren Hundert Schwarz- und Farbendruckein ein anschauliches Bild von dem hohen Stand, den die Druckkunst in Schrift und Zeichnung in unserer Zeit erreicht hat, geben.

Zur Lösung des Verklammungsbesuchs. Bei den steigenden Preisen auch für Bier und sonstige Getränke wird der Gasthausbesuch für die Arbeiterschaft immer mehr zur Unmöglichkeit. Wichtige Versammlungen werden auch aus diesem Grunde nicht besucht. Man hat sich dadurch zu helfen versucht, daß man die Aufhebung des Trinkwanges veranlaßt und dafür Saalmitie zahlte. Andererseits wurden die Stadtverwaltungen ersucht, der Arbeiterschaft städtische Räume gegen Miete zur Verfügung zu stellen, was auch meistens gewährt wurde. In Leipzig werden jetzt auf entsprechenden Antrag hin Schulräume (Turnhalle und Aula) in größerem Maße den Vereinen zur Verfügung gestellt, und dazu auch Raum für Vereinsunterschlüssen gegeben. Für Licht, Heizung und Abnutzung wird Miete und für Reinigung ein besonderer Beitrag erhoben, was aber gegenüber den Kosten für jede sehr gering ist, wenn es auf Beiträge oder Eintrittsgeld umgelegt werden sollte. Auch die Säte des Städtischen Kaufhauses und der Alten Bräue in Leipzig, die bisher Konzerten oder andern besonderen Veranstaltungen vorbehalten waren, werden jetzt zu Volks- und Vereinsveranstaltungen zur Verfügung gestellt, was bei der herrschenden Saalnot zu begrüßen ist.

Allgemeiner Deutscher Sprachverein. Die Zeitschrift des Vereins droht zu erliegen. In einem Aufruf an die Mitglieder des Vereins in der eben erschienenen Juninummer legt der Vorstand dar, daß der im Voranschlag für das ganze Jahr 1922 bereitgestellte Betrag von rund 134 000 Mk. nicht einmal für die ersten drei Nummern reichte. Nur mit Darangabe anderer, der letzten Mittel ist für Juni noch eine vierstellige Nummer möglich geworden. Wenn keine Hilfe kommt, wird in diesem Jahre keine Nummer mehr erscheinen. Hoffentlich greifen vor allem die mit Glücksgütern gesegneten Mitglieder, an denen doch der Sprachverein keinen Mangel hat, schäftig in den Beutel (bzw. die Geldtasche), damit die besonders wertvolle Zeitschrift weitererkunden kann.

Gegen Reaktion und Gemaltherrschafft. Der erste Gewerkschaftskongress in Leipzig hat unter fürstlichem

Beifall am 24. Juni einen Beschluß gefaßt, in dem er sich über die jüngste Bluttat der Reaktionäre, die Ermordung Dr. Rathenaus, seine Entrüstung zum Ausdruck bringt, sondern von der Regierung auch wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen die mit solch verbrecherischen Mitteln arbeitenden Feinde der Republik fordert. Will aber der Kampf der Monarchisten und Reaktionäre zugleich ein Kampf gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, rief der Kongress die gesamte Arbeiterschaft auf, von ihrer Selbstverteidigung im politischen Meinungsstreit abzulassen und einmütig alle Kräfte zur Niederkämpfung der Reaktion zusammenzufassen sowie die Arbeit am Dienstag, dem 27. Juni, nachmittags, ruhen zu lassen und für die Republik zu demonstrieren. Der Kongress erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossenen Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzustehen. In diesem Sinne riefen alle freigewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die sozialistischen Parteien die Mitglieder des Kongresses zum Schutze gegen die Reaktion auf. (Nach Zentrum und demokratische Partei machen dagegen Front.) Es gilt, denjenigen, die ihre blutstielenden Hände nach der Republik ausstrecken, zu zeigen, daß die Millionen der Hand- und Kopfarbeiter noch da sind; daß sie nicht rüfteln noch rühren lassen an den Fesseln, die ihnen die Republik gebracht hat; daß sie auch entschlossen sind, mit der Republik das Leben der Männer zu schützen, die das Vertrauen des Volkes auf verantwortliche Posten gestellt hat. Die machtloosen Kundgebungen gegen die Reaktion können aber nur dauernden Wert behalten, wenn man allseitig über diese Stunden hinaus auf der Wacht bleibt, die Organisationen hochhält und schützt gegen alle Angriffe, von welcher Seite und unter welcher Maske sie auch erscheinen mögen. Zu lange schon hat man es geduldet hingegenommen, daß alle erprobten Arbeiterführer in den Schmutz gezogen, daß das arbeitende Volk in seinen Vertrauensmännern verhöhnt und bedroht worden ist. Die Reaktion spekuliert auf die Langmut, Nachsichtigkeit und Gleichgültigkeit der arbeitenden Klasse. Sie verteuert das Brot und will alle erworbenen Rechte nehmen. Deshalb gilt es zusammenzufassen nicht nur heute und morgen, sondern Tag für Tag!

Tarifabschluss für Staatsarbeiter. In zweitägigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsleitungen und der Regierung sind für die Beamten und Arbeiter neue Gehälter und Löhne mit Wirkung ab 1. Juni festgesetzt worden. Die Erhöhung der Stundenlöhne beträgt für Beschäftigte im Alter von 24 Jahren in Lohngruppe I (Vorhandwerker) 3,70, II und III (Handwerker) 3,60, IV 3,60, V 3,55, VI 3,50, VII 3,45 Mk. Die neue Zulage kommt diesmal in gleicher Höhe für alle Ortsklassen von A bis E in Frage. Abstellungen finden dagegen wie bisher nach Altersklassen statt. Außerdem wurde die Abzehrung von 1 Mk. pro Kind und Kind unter 10 Jahren abgelehnt. Auf die neuen Satzungen sollen die Staatsarbeiter bis zum 20. Juni 300 Mk. über 20 Jahre 500 Mk. beitragen. Die Löhne der Staatsarbeiter haben damit auch wieder für den Monat Juni die Buchdrucker-tariflöhne beträchtlich überstiegen.

Getreideumlage oder Reichstagsauflösung? Die Beratungen über die Getreideumlage sind auf dem hohen Punkt angelangt. Durch Stimmenhaltung der Zentrumseite und der Demokraten, die Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen, oder richtiger, nicht den Mut aufbrachten, klar Stellung auf Seite der notleidenden Bevölkerung zu nehmen, wurde im Ausschusse der Antrag auf vollständig freie Wirtschaft sowie die Regierungsvorlage mit 1 1/2 Millionen Tonnen bei Stimmengleichheit abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag auf 4 1/2 Millionen Tonnen verfiel ebenfalls der Ablehnung. Anschließend interfraktionelle Besprechungen schloßten ebenfalls an der Preisfrage, da die Landwirte (auch im Zentrum und der demokratischen Partei vornehmlich vertreten) zu hohe Forderungen stellten. Die Unksparteien stehen also im Ausschusse fast reiner Interessenvertretung gegenüber. Wenn diese nicht zur Einlichkeit kommt, dann wird letzten Endes der als notwendig erkannte Appell an das Volk durchgeführt werden müssen. Die Entbillung im Reichstag über das landesverderliche Erbeiben des agrarischen Führers v. Döbenburg und anderer patriotischen Dunkel-männer im Kriegsjahre 1915 sowie die volksfeindliche Haltung der Demokraten und des Zentrums wird manchen irregulären Wähler zur Bestimmung bringen und das Resultat der Wahl wesentlich beeinflussen.

Samuel Compers zum Gewerkschaftspräsidenten wiedergewählt. Trotz der wachsenden Unzufriedenheit mit Samuel Compers als Präsidenten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes ist er in Ermahnung eines erstklassigen Gegenkandidaten jetzt doch wiedergewählt worden. Die lakonische Depesche laut folgt: einstimmig.

Genossenschaftliche Gemeinwirtschaft. Die größte deutsche Konsumgenossenschaft ist nach wie vor der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ (Hamburg), dessen eingeschriebene Mitgliederzahl auf 125 000 und deren Geschäftsumsatz auf rund 6,6 Mill. Mk. liegt, während die Sparkasseneinlagen die Summe von mehr als 64 Mill. Mk. erreichten. Der Warenumfang bezifferte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 455 359 Mill. Mk., davon entfielen auf die eigene Bäckerei rund 41 Mill. Mk., auf die Schlächterei 134 Mill. Mk. Die Genossenschaft unterhielt außerdem die Lauenburger Ziegenlei mit 223 beschäftigten Personen und verpflanzte im Kindererholungsheim Fassring an der Döbber 1027 Kinder. Die eigene Mühle war voll beschäftigt, der Umsatz der Mähermaschinenfabrik ging etwas zurück, die Molkerei verarbeitete rund 2,4 Mill. Liter Milch, die Möbelabrik stellte für 5,332 Mill.

Mark Waren bez. Die Kaufhäuser hatten keinen Absatz. Kaffeebörse, Schrotmühle, Mineralwasseranlagen vermehrten ihre Ergebnisse und dehnten sich aus. Der Landwirtschaftsbetrieb auf dem eigenen Gute Schwanbeke lief wie feinseligsten unter der Witterung des vorigen Sommers. Die Genossenschaft beschaffte 2640 Personen und zahlte als Lohnsumme 36180446 Mk. aus. Die Mitglieder erhalten auf ihren gesamten Umlauf 2/3 Proz. Rückvergütung, die für ihren Geschäftsbetrieb oder dem Fonds überschreiben lassen. Die Ertrügnis des Vereins in Höhe von etwas mehr als 2/3 Mill. Mk. konnte zur Stärkung der Reserve Verwendung finden. Sieht man sich die Ergebnisse einer solchen Konsumgenossenschaft an, so muß es jedem klar werden, daß die Gemeinwirtschaft durch die genossenschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher kein leeres Wahn, sondern praktisch sehr wohl möglich ist, wenn die Konsumenten eines Willens sind, und darauf kommt es an, die Genossenschaft durch alle Warenentnahme lebensfähig zu erhalten.

Verschiedene Eingänge

Typographische Mitteilungen. 4. Jahrgang des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Ein Leipzig, Heft 5 (München Sonderblatt für den Deutschen Gewerbeschau 1922) und Heft 6. Das Münchner Sonderblatt erscheint sehr vergrößert, weil aber dafür einen größeren Umfang als je sonst, was nur möglich war durch das Eingehenkommen verschiedener bekannter graphischer Firmen in München, die Anlagen, Maschinen oder Beschäftigte. Die sorgfältige Ausarbeitung von Satz und Druck belegen Knorr & Kirch, G. m. b. H., und die Redaktion Kollege Joseph Müller, beide in München. Der gegebene Inhalt von Heft 5 wie von Heft 6 beweisen die Sorgfalt, die sich beide Schriftleiter angelegen sein lassen. Heft 6, das wieder vorbildlich wie bisher bei Robell & Sille in Leipzig hergestellt und vom Kollegen Bruno Dreher redigiert wurde, gelangt zugleich zur Ausgabe. Preisbelegpreis einschließlich 15 Mk., direkt oder durch den Buchhandel 21 Mk., Einzelheft 7 Mk. Geschäftsstelle: Leipzig, Salomonstraße 8.

Denkschrift von C. H. Wagner, Buchdrucker E. O. S., Freiburg-Zaden. Zu ihrem 50jährigen Geschäftsjubiläum am 1. April hat die Firma eine vornehm ausgestattete Denkschrift in Großquartformat herausgegeben, die den Werdegang des Unternehmens schildert. Die hervorragend gute und originelle Ausarbeitung von Satz und Druck zeigt, wie unter Heranführung tüchtiger Fachleute der Buchdruckerbetrieb zu immer höherer Entfaltung gelangen kann. Der Umschlag ist schwarz mit hellblauem Aufdruck und die Prägung. Dementsel wurde helldunkelbraunes starkes Papier. Der Druck ist dreifarbig. Linksseitig sind Zeichnungen von den einzelnen Abteilungen und rechtsseitig Text, beides mit untergelegtem helleren Töne der Papierfarbe. Auch eine Druckprobe aus „Der Schwarzwald in Gartenphotographien“ ist beige.

Gestorben

In Wachsen am 9. Juni der Ehefrau Julie Reuter aus Wohlstadt, 79 Jahre alt.
In Piesewitz am 9. Juni Otto Wandrig aus Lichermühle, 81 Jahre alt - Herzlähmung.
In Wittenberg der Drucker Karl Buhle von dort.

Briefkasten

C. H. Schm. in R. und P. C. in A.: Wird aufgenommen. — W. M. in A.: Sie haben den Zweck der betreffenden Zeitschrift überhaupt nicht verstanden. Es handelte sich doch nur um eine Gleich-

probe der vielen Schwierigkeiten beim Zeitungslesen. Ihre Einbindung besteht aber auf ein Antrags schreiben, das nicht als Manuskript in Frage kommt. Wir leben daher keinen Nutzen in der Veröffentlichung; im Gegenteil, es wäre eine Schädigung des gewerkschaftlichen Gedankens in der Öffentlichkeit. — A. B. in Wism.: Ihre Einbindung „L.“ steht voller Widerspruch, es bedarf jeder begründeten Grundlage und würde uns nur noch mehr Vorwürfe einbringen als Ihr erster Artikel. Die empfohlenen Öfen im eigenen Interesse, lassen Sie die Finger von solchen Sachen die Sie ansehend nur teilweise abbrechen, ohne überhaupt zu verstehen zu haben, was Sie schreiben. — H. S. in S.: Von hier aus läßt sich die Wirkung oder Bedeutung solcher „Systeme“ nicht ohne weiteres beurteilen. Hierfür sind die Vertrauensleute der betreffenden Mitteilungsstellen maßgebend, die dem zuständigen Gewerkschaftsrat über die Folgen solcher Veränderungen abhelfen zu helfen haben. Es ist allerdings möglich, auch wir die Sache im Auge zu behalten. Es ist nicht leicht sich Gelegenheiten, auf der Generalversammlung eine Aussprache darüber herbeizuführen. Sonst aber besten Dank für Zuführung. — A. H. in S.: Bericht ist am 22. Mai hier eingegangen, was schon eine Verzögerung war. Die Aufnahme dann erst am 27. Juni muß auf die Verzögerung der Stellungnahmen zum Wohnkassen zurückzuführen werden. Es ist schon von uns betont worden, daß viel ausgelassen und durch Verleumdungen bei uns berichtet wird. Solange das nicht der Fall ist, müssen solche Verzögerungen eben in den Kauf genommen werden. — H. H. in S.: Wir müssen davon absehen, die Firma Eduard Binder in Celle auch noch wie gewöhnlich zu beleuchten. In Buchdruckerangelegenheiten besteht ein solcher Anhang, daß Veranlassungen der Wochen oder länger liegen müssen, da dort die Einbindung angeht, die in der „Vorbereitung“ schon genügend gebremst worden ist, unsern Lagerbestand nicht noch vergrößert.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.
Fernsprecher: Amt Kurjuhl, Nr. 1191.

Bekanntmachungen

Quartierregulierung für die Delegierten zur ersten Generalversammlung in Leipzig
Kotel „Deutsches Haus“, Königsplatz: Verbandsvorstand, Grauphler Bund (Prillsch), Gewerkschaftsbund (Grafmann), Buchdruckerverband (Karrer), ausländische Gäste.
Kotel „Grüner Baum“, Köpplap: Gau Bayern, Gau Nordwest, Gau Ost der Saale, Gau Thüringen, Gau Mittelberg, Osterrich (Wiegell, Wien), Jugoslawien (Soll, Jager), (Peldi und Kolbenstein, Budapest).
Kotel „Volkshaus“, Jäger Straße: Gau Berlin, Gau Oder, Köpplap des Vereins für innere Mission, Köpplap: Gau Rheinland-Westfalen, Gau Dresden.
Kotel „Welcher Kirch“, Windmühlstraße 10: Gau Hamburg-Elbena, Gau Mittelrhein, Gau Oberhein, Gau Ostpreußen, Gau Schlesien.
Kotel „Wachburg“, Köpplap: Gau Hannover, Gau Nordwest, Gau Berlin.
Diejenigen Kollegen, welche Einzelquartiere erhalten, wollen ihren Quartiergebern möglichst bald Nachricht über ihre Ankunft in Leipzig zugehen lassen. Die Quartierscheine sind an die Gauvorstände zur Weitergabe an die betreffenden Delegierten ausgegeben worden. Delegierte, welche sich Quartiere selbst besorgt haben, erhalten keine Quartierscheine.

Auf dem Hauptbahnhof in Bahndirektion eingerichtet, erkenntlich an weißer Armblende mit der Aufschrift „Verband der Deutschen Buchdrucker“.

Einfachkarten für die Zählung der Arbeitslosen einfinden!

Wir erlauben die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einbindung der gelben Einfachkarten über die Arbeitslosigkeit im II. Quartal: 12. Juli 1922, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Es ist tag 11 der 24. Juni. Die Karten müssen auch dann eingeleitet werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankierung der Karten ist zu achten!
Eingabe zur Berücksichtigung verpflichteter Funktionäre senden neben der gelben auch noch die graue Berichtskarte ein. Deshalb ist — schon der Portierparasit wegen — darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Monat lediglich die gelbe Berichtskarte einzulegen ist. Die grauen Berichtskarten gelten nur für den Arbeitslosenstand am Ende der Monate Januar, Februar, April, Mai, Juli, August, Oktober und November. Man beachte also in der Bekanntmachung, welche Berichtskarte einzulegen ist.

Berlin. Die Gauverwaltung.
Gau Ostpreußen. Die am Sonntag, dem 18. Juni, fallgebende Bezirksvorberathung sind beschließen, den Gaubeltrag von 1 Mk. auf 3 Mk. wöchentlich zu erhöhen. Die Erhebung des erhöhten Gaubeltrags beginnt im dritten Quartal, ab 2. Juli bis 8. Juli erstmalig.

Ges. l. Kann. Vor Konditionsannahme in der Hauptdruckerei der Firma August 3 ergo sind Grundbindungen beim Gauvorstand in Hannover einzugehen, da die Firma nicht tariffrei ist. Sotha. Vom 1. Juli ab stellt der paritätische Arbeitsnachweise keine Vermittlungstätigkeit ein. Dasselbe wird vom gleichen Tag ab vom öffentlichen Arbeitsnachweise für die Stadt Sotha übernommen.

Adressenveränderung

Bezirk Frankfurt a. d. O. Die Kollegen werden ersucht, während der Generalversammlungsarbeiten in äußerst dringenden Fällen sich an Kollegen Hermann Müller, Frankfurt a. d. O., Große Blumenstraße 13b, zu wenden.
Sotham. (Ort und Bezirk.) Für den Vorliegenden bestimmte Sendungen sind bis einschließlich 15. Juli an Kollegen Konrad Schneider: Lindenbochum, Müllener Straße 105, zu richten.
Waren (Mittelb.). Vorsitzender und Kassierer: W. Wardew, Mollstraße 3, 2.

Veranstaltungskalender

Oberswalde. Bezirksversammlung Sonntag, dem 30. Juli, vormittags 11 Uhr, in Freienwalde a. d. O. („Gewerkschaftsbau“). Anträge bis 16. Juli an den Vorsitzenden.
Essen. Maschinenfabrik Bezirksversammlung Sonntag, dem 2. Juli, vormittags 10 Uhr, in Essen im Restaurant Becker, Rellinghauser Straße.
Merseburg. Versammlung Sonnabend, den 1. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im „Preussischen Adler“.
Osnabrück. Bezirksversammlung Sonntag, dem 16. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsbau“, Anträge bis 9. Juli an den Kassierer.
Treuen-Lengenfeld. Versammlung Montag, dem 3. Juli, abends 8 Uhr, im „Waldschützen“ Club.

Präsidenten-Büchdrucker-Verein. Von Dresden.
Versammlungsbeginn abends 5 1/2 Uhr im „Volkshaus“.

Konferenz der Stereotypen- und Galvanoplastiker Deutschlands

Die Konferenz findet im „Volkshaus“ zu Leipzig, Jäger Straße 32, Zimmer 9, nicht Gartenhof, statt. Das Lokal ist vom Bahnhof mit Straßenbahnlinie 10 direkt zu erreichen. Beginn 1. Juli, 10 Uhr vormittags. (1926)

Werk- und Tabellenfeger
für Handhabung gesucht. (1925)
Oscar Brandtsteller, Leipzig.

Typographiker
für U-B-Maschine gesucht (1949)
C. O. Röder, O. m. b. H., Leipzig, Gerichtsweg 57.

Galvanoplastiker und Stereotypen
In allen Arbeiten erfahrener Praktiker, in Kleinleistung für bald gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Alterangabe usw. erblickt Druckereigesellschaft Wartung & No., Hamburg 25. (1946)

Leipzig! Moderner Akzidenzfeger
Sucht sich nach Leipzig zu verändern. Gute Zeugnisse vorhanden. Offerten unter Nr. 957 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Älterer Leistungsfäh. Maschinenmeister
Spezialarbeiter für Illustrations- und Mehrfarbendruck, Wertpapiere und Spleterdruck sowie Rotationsmaschine, sucht sich zu verändern, auch als Hilfe des Faktors. Beste Angebote unter Z. 955 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schriftgießer
In Dauerstellung gesucht. (1945)
Norddeutsche Schriftgießerei, G. m. b. H., Berlin, Alte Jakobstraße 79.

Monotypgießer
In dauernde Stellung gesucht. (1921)
Spanische Buchdrucker, Leipzig-Zl., Grullstraße 10.

Typographiker
1906
Oscar Brandtsteller, Leipzig.

Zwei Typograph- bzw. Linotypfeger
für Schwedisch-Norwegisch (Sjögren) gesucht. Angebote unter Nr. 947 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schriftgießer
für Komplettschicht (System Müllermann) sofort gesucht. (1927)
Ludwig Wagner, Schriftgießerei, Leipzig, Wabelbergerstraße 1a.

Schriftgießer
19-jähriger, Kolter
Sucht sich zu verändern. Eintritt 14 Tage nach Engagement. (1936)
Angebote an St. Mischberger, Gasse, Braumbirchstraße 41.

Akzidenzfeger
Echtlicher, arbeitsfreudiger
22 Jahre alt, mit gutem Weisdom, in der modernen Satztechnik bewandert, sucht sofort Stellung. (1920)
Gefl. Angebote zu richten an Otto Werner, Oberstein, Bonstedtstraße 11.

Linotypfeger
Echtlicher, Kolter
21 Jahre alt, wünscht sich in Dauerstellung nach Mittelberg zu verändern. Angebote erblickt St. Tawper, Wamburg, Stoppendolstraße 2.

Berlin. (Starchstören.) Die Karten für die Führung durch die Berlin müssen spätestens am 2. Juli vor der Führung abgerechnet werden. 1924

Akzidenzfeger
21 Jahre alt, in allen Sachen fertig, wünscht in angenehme Stellung sofort zu wechseln.
Gefl. Angebote erbeten nach Nr. (Waben), pollagernd untl. „Typograph I“.

Akzidenzfeger
Folter, vorwärtsstrebender
21 Jahre alt, mit allen Sachen vertraut, sucht sich in angenehme Stellung, wo er eventuell das Maschinensetzen erlernen könnte, sofort zu verändern.
Gefl. Angebote nach Nr. (Waben), pollagernd untl. „Typograph II“ erbeten.

Akzidenzfeger
Jüngerer, fleißiger
23 1/2 Jahre alt, firm in allen Sachen, auch im Inzeratensätze Gutes leistend, sucht baldige Stellung. Bremen oder nähere Umgebung bevorzugt, jedoch nicht Bedingung. (1948)
Angebote erblickt August Weiß, Wedel bei Hamburg, Rillstraße 19.

Akzidenz- und Anzeigenfeger
Jünger, vorwärtsstrebender
24 Jahre alt, wünscht sich baldigst in angenehme Stellung zu verändern.
Gefl. Angebote unter Nr. 958 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Tüchtiger Werkfeger
bewandert in fremdspr. Sage, beschäftigt 1. Korrekturlesen, sucht sofort Stellung in Thüringen, auch auf Wunsch. Eintritt euenkell sofort. Gefl. Offerten unter Nr. 959 an die Geschäftsstelle d. Zl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Maschinenmeister
ledig, 21 Jahre alt, firm in bestem Werk- und Illustrationsdruck, wünscht sich baldigst zu verändern.
Angebote an Hans Westing, Hocholt 1, W., Werber Straße 47.

Mhlen und Winzefen
Zurückmesser und Sägen sowie alle Werkzeuge für Säger. Drucker empfänglich. St. Sigl, München 9. — Katalog 1 Mk.

Illustrationsdrucker
für Feinarbeit aller Art in dauernde Stellung innerhalb Leipzigs zu verändern. Bisher nur in Großdruckereien Leipzig und München tätig gewesen. Guter Apparatekennner, desgleichen mit Zweifortenschrift sehr vertraut.
Merken Offerten unter Nr. 954 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

„Sprache und Zeichen der Landstraße“ nebst Adressenverzeichnis aller Galbste, Gewerkschaftshäuser und Herbergen des In- und Auslandes. Wichtig für alle farbrend. Gelehrten. Preis 9 Mk. gegen Voreins. R. Groß, Schwerin i. M., Zoonstr. 8, 1923

Fernunterricht
im buchgewerblichen Zeichnen
Beginn des Kurses jederzeit!
Man verlange Prospekt von Fernunterricht, Leipzig-Göbelerstr., Postfach.

Zeitung der Soldatenräte
des Feldheeres sowie sonstige Zeitungen und Drucksachen der Clappendruckerei haust (1922)
Ingenieur Mühsenbiller, Bonn a. Rh.

Kolumnenschnur — Einziehfadern
liefern in Freiedensqualität (1929)
Beyner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

Mhlen, Winzefen, Zwickelmaschinen
Gauschdrücke, 5 farb. Radeln, 2. Klasse frei. Graph. Verbandsausst. Feilbuis Nachfolg., C. H. Müller, Gumbelstraße 4.

„Für den „Korrespondenz“
die Geschäftsstelle und Ankerentnahmestelle Leipzig, Salomonstraße 8, die Zeitschriftnummer: 14111, das Verzeichnis: Leipzig Nr. 413 1/2.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummer 50 Pfennig. Postbetrag für die Zusendung extra. Vorauszahlung bedingungslos.

Beilage zu Nr. 74 — Leipzig, den 29. Juni 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Der Leipziger Gewerkschaftskongress

Der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands und damit der erste Bundeskongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes liegt hinter uns. In einer arbeitsreichen einwöchigen Tagung wurde der große Komplex wichtiger organisatorischer und wirtschaftspolitischer Fragen behandelt, die die Tagesordnung ausfüllte. Der wichtigste Saal des „Sozialistischen Gartens“ vermochte die erschienenen Delegierten und Gäste kaum zu fassen. Der gesamte Bundesvorstand nahm an der geschmackvoll behielten Bühne Platz, unmittelbar vor dieser saßen die zahlreichen Gäste und Pressevertreter. Die Gewerkschaften Englands, Frankreichs, Belgiens, Luxemburgs, Hollands, Österreichs, Ungarns, Polens, der Schweiz und der skandinavischen Länder hatten Vertreter entsandt, desgleichen der Internationale Gewerkschaftsbund und das Internationale Arbeitsamt in Genf. Die schwedische und die norwegische Gesandtschaft ließen sich durch Sozialisten vertreten. Außerordentlich viele Minister waren diesmal erschienen, an ihrer Spitze Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, preussischer Minister für Handel und Gewerbe Ebering. Aus dem Reichsausschuss nahmen der Arbeitsminister und der Wirtschaftsminister nebst einer Reihe höherer Beamten aus verschiedenen Ministerien an der Tagung teil; auch ein Vertreter der Stadt Leipzig. Neben den Vertretern des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der „Volksfürsorge“ waren ferner verschiedene Sozialpolitiker von Ruf nach Leipzig gekommen.

Bundespräsident der Leipziger Gewerkschaften eröffnete den Kongress mit einer Ansprache, deren erstes Wort dem erprobten Baumeister der deutschen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung, Karl Legien, gewidmet war. Noch bevor sein Name genannt worden war, hatte sich der gesamte Kongress zum Zeichen ehrenden Gedächtnisses erhoben. Stehend hörten die Teilnehmer und die zahlreichen Tribünenbesucher den mit bewegter Stimme gehaltenen Nachruf an für Legien und alle jene Männer, die mit gleicher Übergangstreue wie er in der Gewerkschaftsbewegung hervorgetreten waren. Der Tod hat unter den Besten innerhalb der letzten drei Jahre seine Kräfte gehalten. Dann erinnerte Leipzig daran, daß sich gerade fünfzig Jahre erfüllten, seit die deutsche Arbeiterkraft unter Theodor Wörms Führung den Kampf um ihre wirtschaftliche Existenz durch einen Zusammenstoß aufgenommen wolle. In der Zwischenzeit habe die Gewerkschaftsbewegung eine nie geahnte und erhoffte Entwicklung genommen. Wie ihre Mitgliederzahl, ihre Stärke und Leistungsfähigkeit, so sei aber auch ihr Aufgabenkreis gewaltig gewachsen. Der diesmalige Kongress habe zu prüfen, wie in den letzten drei Jahren gearbeitet wurde, welche neuen Aufgaben in Angriff zu nehmen sind und welche Mittel und Wege dafür in Betracht kommen. Der Meinungsstreit darüber sei ein Beweis für die Lebendigkeit der Bewegung. Aber nichts tue der Arbeiterkraft zu bitter noch als Einigkeit und Geschlossenheit. Die Lage der Arbeiterkraft sei bedrohlicher als je und ihre Lebenshaltung sei derart zurückgegangen, daß alles getan werden müsse, um eine Besserung herbeizuführen. Die Arbeiter erbitterten, daß dieses Ziel mit Hilfe der Beschlüsse des Kongresses erreicht werde.

Von den zahlreichen Bedrückungsanträgen sei nur einiges aus der bedeutsamen Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns hervorgehoben, der feststellte, daß sich in den zwei Jahren seiner Amtszeit eine reibungslose Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vollzogen habe. Wie dem Staate gegenüber, so habe sich auch die Stellung der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitnehmern grundlegend geändert. Es könne nicht gelugnet werden, daß einzelne Arbeitgebergruppen, die sich unmittelbar nach der Staatsumwälzung und angesichts der Gefahren der Revolution mit dem Gewerkschaftsgedanken abfinden, heute versuchen, den an die Arbeiterkraft verlorenen Boden wiederzugewinnen, ein Weltleben, das hier und da schon wieder bis zur Verneinung des Gewerkschaftsgedankens geführt habe. Für Wirtschaft und Staat wäre es (selbstbewußt) wenn die alten prinzipiellen Kämpfe um Sozialrecht und Tarifpolitik wieder aufleben sollten. Die Reden der übrigen Minister, die durchweg aus der Arbeiterbewegung hervorgingen, spielten in einem Bekanntheitsbereich der Unantastbarkeit des Reichstages.

Aus den Ansprachen der ausländischen Vertreter ging hervor, daß die gleichen Bedrückungen und die gleiche Not, deren sich die deutsche Arbeiterkraft zu erwehren hat, auch ihnen viel zu schaffen mache. Bemerkenswert war dabei vor allem die von holländischen Delegierten ausgesprochene Warnung vor dem Scheitern der sozialistischen Kapitalisten mit der schwindelhaften Angabe bekämpft wird, daß die deutschen Arbeiter von der abschließenden Arbeitslosigkeit nichts mehr wissen wollten, sondern bereit seien, länger zu arbeiten! In seinem Danke für die Sympathiebeweise der ausländischen Arbeiterkraft verhielt sich Leipzig, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften sich auf die deutschen Arbeiter verlassen könnten. „Wir sind, was wir waren und werden bleiben, was wir sind!“

Den Auftakt zu den besten Meinungskämpfen, die den Leipziger Gewerkschaftskongress von Anfang bis zu Ende erfüllten, bildete die Wahl des Bureaus. Hierbei wurde unter heftigem Widerspruch der Mehrheit des Kongresses von der Opposition die Verhinderung der verschiedenen parteipolitischen Richtungen verweigert. Das wurde indessen abgelehnt, und es erfolgte die Zusammenlegung des Bureaus nach Maßgabe der Größenverhältnisse der einzelnen Organisationsgruppen. Als Vorstände wurden gewählt Leipzig (Holzarbeiter), Reichel (Metallarbeiter), Papiow (Bauarbeiter). Bei der Schriftführerwahl wiederholte sich der gleiche Vorgang, ebenso bei der Bestimmung der Geschäftsordnung. Nach Einlegung einer Redaktionskommission und einer Mandatsprüfungskommission wurde beschlossen, zum zweiten Tagesordnungspunkt (Bericht des Bundesvorstandes) je einem Vertreter der drei aus dem Kongress vertriebenen Strömungen verlässliche Redegäste zuzugewähren und zu den Punkten 4 und 5 der Tagesordnung (Organisationsform und Methoden der Gewerkschaftsbewegung; Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftspolitik) Korrespondenten zu Worte kommen zu lassen.

Darauf nahm Leipzig das Wort zum Bericht des Bundesvorstandes. Der gedruckt vorliegende, 208 Seiten umfassende eigentliche Bericht war selbst Delegierten geruhsam Zeit vor dem Kongress zugebilligt worden. Der Referent beschränkte sich infolgedessen nur auf einen Auschnitt des Geschäftsberichts. Dabei gab er zunächst dem lebhaften Bauern Ausdruck über die unheimliche Abtrennung der oberstehenden Gewerkschaftsgenossen von ihren deutschen Arbeitbrüdern und widmete ihnen besondere Worte der Anteilnahme. Sein Wort wolle er legen zu den Anträgen, in denen die Besetzung des Vorstandes und seine Erziehung durch andere, bessere Vertreter der Arbeiterinteressen gefordert wird. Notwendig aber sei es, auf die Anträge einzugehen, die dem Bundesvorstand vorzulegen, beim Eisenbahnerstreik das Klassenbewußtsein verloren zu haben. Nachdem dies in eingehender Weise geschehen, führte Leipzig weiter aus, ein Eisenbahnerstreik sei nicht zu vergleichen mit einem anderen Streik. Seine Folgen für die gesamte Arbeiterkraft seien so schwer, daß er nur als allerletztes Mittel in Betracht kommen dürfe. Die Verletzung der gewerkschaftlichen Grundzüge und die Mitachtung der Arbeitergemeinschaften konnte der Bundesvorstand nicht ruhig hinnehmen. Der ADGB, mußte dafür sorgen, daß die gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Seine Stellungnahme erfolgte in vollem Einklang mit den freigewerkschaftlichen organisierten Eisenbahnern. Dennoch müsse auch ein Wort zur Rechtfertigung des Streiks gesagt werden. Der Streik sei begründet gewesen infolge der wirtschaftlichen Not, die auf allen erwerbsfähigen Schichten lastet. Für Lohn- und Gehaltsempfänger gebe es, wenn alle Wege erschöpft sind, um zu einer Besserung zu gelangen, schließlich kein anderes Mittel, um aus der Not herauszukommen. Wer das beargwöhne, werde nicht zu hart über wilde Bewegungen urteilen. Die Lage der Arbeiterklasse habe sich trotz aller Lohnverhandlungen immer mehr verschlechtert. Die Unternehmer verlangten als einzigen Ausweg zur Besserung der Wirtschaftslage die Arbeitszeitverlängerung. Bekämpfung der schematischen Durchführung des Achtstundentags sei das neue Schlagwort, auf das selbst Wissenschaften aus den eigenen Reihen hinarbeiteten. Derartige Außenläufer, die da meinten, die Arbeitszeit müsse verlängert werden, um mehr herauszuschlagen, habe es leider immer gegeben. Um so energischer müsse von dieser Stelle aus der Ruf ertönen: Hände weg vom Achtstundentag! Die Gewerkschaften seien zwar eingetreten für die Erhaltungspolitik, aber sie seien nicht gewillt, ihre sozialen Forderungen zurückzustellen im Interesse der Politik. Wenn sich erweise, daß Deutschland die Aufrechterhaltung des Achtstundentags die Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen könne, dann müßten diese mit dem Achtstundentag eben in Einklang gebracht werden. Das planmäßige Vorgehen verschiedener Unternehmergruppen gegen die 48-Stundenwoche sei eine unmittelbare Auswirkung des Kampfes gegen den Achtstundentag. Der Kampf der süddeutschen Metallarbeiter habe das erneut bewiesen. Auf keinen Fall dürfen die Arbeiter im Interesse eines früheren Sonnabendabends an den übrigen Wochentagen länger als acht Stunden arbeiten. Den Bundesvorstand habe man insbesondere zum Vorwurfe gemacht, er sei nicht aktiv für die Verwirklichung der von ihm aufgestellten Forderungen eingetreten. In der aus diesem Anlaß geübten Kritik gegen den Bundesvorstand erblickte dieser ein starkes Vertrauen zu seiner sachlichen Überlegung. Auch ein neuer Bundesvorstand dürfe nur sachlich begründete, durchführbare Forderungen aufstellen. Die bekannten zehn Punkte seien ein Programm, das nicht auf dem Papier stehenbleiben dürfe. Darin sei in erster Linie die notwendige Antwort auf das Streikgebot der Industrie und auf deren Forderung nach Überführung der Eisenbahnen und der übrigen Reichsbetriebe in den Privatbesitz zu erblicken. Der Erfolg dieses Vorhabens der Gewerkschaften sei nicht ausgeschlossen, denn die Forderungen der Industrie wurden abgeschlagen. Die Forderung der Gewerkschaften nach Inangriffnahme der Sozialisierung sei für diese kein Schlagwort. Sie hielten vielmehr unverrücklich fest an ihren Nürnberger Beschlüssen. Wenn

die Gewerkschaften heute mehr als früher gezwungen seien, sich mit politischen Tagesfragen zu beschäftigen, so hätten sie doch keineswegs die Pflicht und die Möglichkeit, die politischen Parteien zu erleben. Die Anforderungen, die man heute vielfach an die Gewerkschaften stellt, gingen über ihr Können hinaus. Eine Großtat dieses Kongresses würde es sein, wenn es gelänge, den Weg zur proletarischen Einigkeit freizulegen. Mit einem Satz aus der Arbeitermarxistische beendete Leipzig unter kläglichem Beifall seine Berichterstattung.

Dann kamen die Vertreter der drei politischen Parteien zu Wort. Als erster der kommunistische Metallarbeiter Walcher (Berlin). Er ging auf die fortgehende steigende Leertung ein, in Verbindung mit der Fortsetzung des Kapitalismus und der Reaktion, festlich kritisierte er es jedoch, daß der Bundesvorstand verabsäumt habe, dagegen das Schwerkraft der Gewerkschaften in die Waagschale zu werfen. Aus den Betriebsräten seien Beschränkungsgründe geworden. Die Schreibweise der Betriebsrätezeitung“ erfuhr reifliche Beurteilung. Die Erfüllungspolitik, für die sich der Bundesvorstand eingelassen habe, und die Haltung verschiedener Sozialdemokraten brachten den Achtstundentag in große Gefahr. Weiter führte der kommunistische Redner die Verschlechterungen auf den Gebieten des Arbeitsrechts und der Arbeitslosenfürsorge auf die Politik des Bundesvorstandes zurück, und kritisierte die Haltung des Bundesvorstandes zum Eisenbahnerstreik. Auch in internationaler Beziehung habe der Bundesvorstand versagt. In der praktischen Durchführung im Klassenkampf bis zur Konsequenz des Bürgerkriegs erblickte Walcher aller Weisheit letzten Schluß.

Dann ging Wilmann, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, als Vertreter der unabhängigen Parteilichung mit Bundesvorstand und Bundesauschuss — wiewohl letzterer er selbst angehört — ins Gericht. Arbeitsgemeinschaften und Sozialpolitik hätten die Arbeiterkraft nicht vorwärts gebracht. Seit Nürnberg wurde die Arbeiterkraft in die Welt hinaus gedrängt sowohl auf dem Gebiete der Sozialpolitik als auch der Wirtschaftspolitik. Das Tarifrecht sei in Gefahr; trotz des Abkommens in der Arbeitsgemeinschaft lüchelte sich die Unternehmer von den „Geßeln der Tarifgemeinschaft“ zu befreien. Nicht besser habe es mit dem Sozialrecht, wie der Eisenbahnerstreik bewiesen habe. Wenn wir auch nicht einverstanden waren mit den Methoden der Streikentfesselung und der Streikführung, so galt es doch, nach der Beobachtung des Konfliktverlaufs durch die Beobachtung der durch untergeordneten Organen der Streikenden, so daß sich zur Seite zu treten. Die soziale Rechtsprechung stehe im Dienste des Kapitals. Insbesondere wandte sich der Redner gegen die unannehmbare Schlichtungsordnung und die Technische Politik. Die zehn Forderungen des ADGB, waren der Ausdruck des Willens der Arbeiterkraft. Wenn vom Bundesvorstand gefordert werde, diese Forderungen könnten nicht alle durchgeführt werden, so gebe es zwischen dem Alles oder Nichts noch einen breiten Weg der Mitte, auf dem sich manches erreichen lasse. Wenn alle Kräfte der Gewerkschaften eingesetzt würden, dann sei das Geforderte zu erreichen, und die Schlichtungsordnung werde nie Befehl werden. Mit der Aufforderung an die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, alle Kräfte für dieses Ziel einzusetzen, beendete Wilmann unter lebhaftem Beifall seine Ausführungen.

Mit der dritten folgenden Rede von Bren, des Vorsitzenden des Stahlarbeiterverbandes, erreichte die Diskussion des Gewerkschaftskongresses unbestreitbar ein hohes Niveau. Hier sprach, gestützt auf unwiderlegbares faktisches Material, ein Organisator mit jahrelangem praktischen Erfahrung. Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen die Anerkennung der vom Bundesvorstand geleisteten Arbeit und führte aus, für die Beurteilung der Gewerkschaftspolitik sei die Frage entscheidend, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Als er die Frage aufwarf, wo denn 1914 die Arbeiter waren, die sich heute freie Gewerkschaftler nennen, antwortete der Kongress durch spontanen kläglichem Beifall. Auch heute noch bestes das einige geschlossene Kampfbewertung in der dialektischen Spekulation. Er müsse es als ein Verbrechen bezeichnen, Parolen aufzustellen, von denen man wisse, daß die Arbeiterkraft nicht die Kraft zu ihrer Durchführung hat. Den verschiedenen Richtungen werde es kein Bundesvorstand recht machen. Die bürokratischen Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus fehlten gegenwärtig noch. Die weitere Entwicklung im deutschen Wirtschaftsleben gleiche einer Spinnweb. Die Kongresskräften vollzogen sich zum Teil nach anderen Tendenzen als in der Vorriktungszeit. Sie entzogen häufig einem Kapitalmangel oder einem Mangel an Rohprodukten. Außerordentlich ungenügend seien die Voraussetzungen für die sofortige Durchführung der zehn Punkte. Trotzdem werde der Bundesvorstand überall als Vertreter der Arbeiterinteressen behauptet, weil er den offenen Kampf um die aufgestellten programmatischen Forderungen nicht aufnahm. Bei einem solchen Kampfe würde es unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber bis zum Weltfrieden kommen, was für die Arbeiterkraft verhängnisvoll werden könnte. Der Sozialismus sei das Ziel des Klassenkampfes. Zur Erreichung dieses Zieles sei aber eine feste organisatorische

und geistige Einheit notwendig. An der Erklärung der Reaktion treffe den ADGB keine Schuld. Das sei in erster Linie auf die Zerstückelung der Arbeiterkraft zurückzuführen. Die völkerrätliche Arbeitsgemeinschaft sei das Werk der einzelnen Verbände. Schließlich sei es auch nicht anders als Arbeitsgemeinschaft, wenn die Vertreter des Metallarbeiterverbandes mit den schlimmsten Scharfmachern, den Eisenindustriellen, in Eisenwerkstättenkommissionen oder Außenhandelsstellen zusammenfänden. Wegen die Arbeitsgemeinschaften würden heute genau dieselben Vorwürfe erhoben, wie früher gegen die Tarifgemeinschaften. Die Vorwürfe seien jedoch unbedeutend; die Arbeitsgemeinschaften seien lediglich Zwischenstationen auf dem Wege zum Sozialismus. Auch in der Frage des Beamtenstreikrechts und der Technischen Nothilfe seien die Ansichten geteilt. Ein unbedingtes Streikrecht gebe es nicht einmal in dem kommunistischen Ideal Sozialismus; dort sei das Streikrecht nicht bloß in den Staatsbetrieben aufgehoben, sondern auch in den Privatbetrieben. Der Kampf gegen die Technische Nothilfe werde am wirkungsvollsten dadurch geführt, wenn die Gewerkschaften dafür sorgen, daß sie nicht gebraucht wird. Der Bundesvorstand verleihe für seine Tätigkeit die Rügen nicht, die ihm aus parteipolitischen Gründen erteilt würden. Seine Politik sei die für ihn und die Arbeiterkraft allein mögliche. Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung des zweiten Tages wurde zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission erlesen. Danach waren 7574825 Mitglieder durch 690 Delegierte auf dem Kongress vertreten. Später leitete dann die Debatte über den Bericht des Bundesvorstandes ein, auf die hier eingegangen unmöglich ist.

Die Mittwochsitzung begann mit dem Schlusswort Lejpart's. Durch die kommunistische Agitation sei die Kraft der Arbeiterkraft geschwächt worden, nicht durch die Politik des Bundesvorstandes, der den Kampf lediglich mit der Waffe der geistigen Aufklärung führe. Mit aller Entschiedenheit vertrete er die Auffassung, daß die „Betriebsrätezeitung“ keine Propagandaarbeit sein dürfe, auch dürfe die Zeitschrift nicht ausarten in eine wissenschaftliche Zeitschrift. In Zukunft sollen die beiden Betriebsrätezeitungen im Redaktionskollegium neben Dr. Striemer vertreten sein. Zum Abschluss des Tages leitete Lejpart unter lebhaftem Beifall, daß in einer Regierung, die sich der Errungen der Arbeiter nicht anpasse, für Arbeitervertreter kein Platz sei. Wilmann habe eine schlechte Rede gehalten und keine aufschlüsselnde Kritik geübt, wenn er beanstandete, daß für die zehn Forderungen keine Mittelhilfe entfallen worden sei. Er wisse doch, welche ernsthaften Beratungen darüber im Vorstand und Ausschuss gepflogen seien. Wenn Wilmann dem Bundesvorstand ewige Rüdichtsnahme auf die parteipolitischen Bundesgenossen vorwerfe, so verweise er darauf, daß Wilmann selbst Parteiführer sei und durch seine Rede bewiesen habe, daß er sich lediglich von seiner parteipolitischen Abhängigkeit leiten lassen. Lejpart schloß schließlich die Annahme einer vorübergehenden Entschlebung des Bauarbeiterverbandes zur Wohnungsfrage sowie der Entschlebung zur Feuerungsfrage. In der dann folgenden Abstimmung über die zum Bundesvorstandsbüro gestellten Anträge wurden zunächst drei Entschlebungen einstimmig angenommen, die sich auf die Brotverlogung, auf die Feuerung und auf die zehn Punkte des ADGB beziehen. Die auf die Feuerungsfrage bezügliche lautet:

Der Kongress nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den unangenehmen Bemühungen des Bundesvorstandes zur Behämpfung des Lebensmittelpreises und der sonstigen über jedes berechnete Maß hinausgehenden Preissteigerungen. Er bedauert lebhaft und spricht seine Entschlebung darüber aus, daß diese Bemühungen die Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften in den meisten Fällen ohne Erfolg geblieben sind.

Die sprunghaft fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung zwingt die Gewerkschaften, in immer kürzeren Zwischenräumen Vorschläge zu fordern, die zum Teil in keinem Maße mit den Interessen und gegen den Widerstand der Kreise durchgesetzt werden müssen, die durch ihre maßlose Verwahrlosung die heillosen Zustände verschärfen. Die Ausweitung der breiten Massen des Volkes nimmt täglich bedrohlichere Formen an. Die Folge ist eine ständig zunehmende Verteuerung. Die haltungslosen Lohn- und Gehaltssteigerungen haben mit der Verteuerung der Lebenshaltung längst nicht gleichen Schritt gehalten. Die Spanne zwischen Arbeitseinkommen und notwendigen Lebenshaltungskosten ist immer größer geworden. Zur Zeit bedarf des Durchschnittsarbeitseinkommens doppelt so viel als die Hälfte des notwendigen Unterhalts, gemessen an den Verhältnissen von 1914. Es ist also eine für die Volksgeliebten geradezu bedrohliche Senkung der Massenlebenshaltung eingetreten, die unverzüglich auf einer allgemeinen Herabdrückung der produktiven Leistungsfähigkeit führen muß.

Wenn die gelamte Arbeitnehmerkraft nicht unter der doppelten Last der Feuerung und einer ungeheuren Bürde an Steuern und Zöllen zugrunde gerichtet werden, oder aber die Gefahr der Selbsthilfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden, so ist es dringend geboten, daß die Reichsregierung endlich wirksamere Maßnahmen gegen die Feuerung und ihre Arbeiter ergreift.

Die Entschlebung betreffend die zehn Forderungen des ADGB lautet:

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress macht sich die von den Vorständen des ADGB, und der 11a im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen. Indem der Kongress mit Entschlebung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Sozialistpartei unter der Führung der Reichsregierung abgeschlossenen Programm in keinem Maße erfüllt worden sind, betont er, daß die aufgestellten zehn Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Masse endlich zu einer erträglichen gestaltet werden kann.

Der Kongress beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise und auf allen allen gewerkschaftlichen Kampfzweigen dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Schwere, praktisch durchgeführt werden.

Einstimmige Annahme fand auch eine Entschlebung zur Jugend- und Lehrlingsfrage, die von der zweiten Konferenz zur gewerkschaftlichen Jugendpflege ausging. Angenommen wurde ferner ein Antrag zur Steuerfrage. Darin wird der Bundesvorstand beauftragt, umgehend bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und zu verlangen: 1. eine

Erhöhung der Werbungskosten beim Steuerabzug; 2. eine Herabsetzung des zehnprozentigen Einkommenabzuges von 50000 auf 100000 Mk.; 3. eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens.

Von den Anträgen, die von kommunistischer Seite zum Bericht des Bundesvorstandes vorlagen, wurde nur ein einziger angenommen, der die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängenden Verbrechen und Vergehen forderte. Als unmittelfarbar darauf die kommunistischen Delegierten gegen einen weiteren Antrag stimmten, in der Protest erhoben wird gegen die in Moskau getriebene Sowjetpolitik gegen die Sozialrevolutionäre, durchbraute ein Entrüstungssturm gegen eine solche doppelte Moral das Kongresskollektiv.

Schließlich sprach der Kongress mit einer Dreiviertelmehrheit den Bundesvorstand sein Vertrauen aus.

Zum dritten Tagesordnungspunkt: „Betriebsräte und Gewerkschaften“, referierte Hürpel (Berlin). Es handelte sich für ihn weniger um Vorschläge zur Ausgestaltung der Gesetzgebung selbst, als vielmehr darum, festzulegen, daß die Betriebsräte ihre Aufgaben nur als Vertreter der Arbeitnehmer und damit als Vertrauensleute der Gewerkschaften erfüllen können. Die Arbeiter hätten durch ihre Gewerkschaften die Rechte der Betriebsräte erkämpft und könnten daher nicht zulassen, daß sich eine besondere Klasse innerhalb der Arbeiterklasse selbst durch die Betriebsräte herausbilde. Dagegen sei der Einfluß der Betriebsräte in den Gewerkschaften in dem Maße gesichert, wie sie sich als Vertrauensleute betätigten. Das Betriebsrätegesetz und seine Nebengesetze umfasse die Befehle des Arbeitsrechts, der Betriebswissenschaft, des Handelsrechts und der Volkswirtschaft, so daß diese Aufgaben sich reiblos deckten mit den Aufgabenkreise der Gewerkschaften überhaupt. Die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte ergibt sich aus der Tätigkeit der Gewerkschaften zur Verbesserung der Tarifverträge und zur Schaffung der arbeitsrechtlichen Gesetze. Ein irgendwie selbständiges Arbeiten neben den Gewerkschaften würde daher diesen schweren Kampf der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften stören. Die Betriebsräte hätten die große Aufgabe, die Durchführung der Rechte der Arbeitnehmer in den Betrieben zu überwachen und praktische wirtschaftliche Erfahrungen zu sammeln. Um diese Aufgabe zu erfüllen, sei zwingend nötig, daß sich die Betriebsräte die nötigen Kenntnisse und das nötige Wissen aneignen, um gegenüber dem Unternehmer ein geistig gleichwertiger Gegner zu sein. Die Gewerkschaften hätten die nötigen Einrichtungen, um die Betriebsräte zur Bewältigung ihrer Aufgaben zu befähigen. Es habe keinen Zweck, die Unternehmer der Sabotage zu beschuldigen, wenn es sich vielfach nur darum handle, daß die Unternehmer ihre Rechte und die Grenzen ihrer Rechte besser kennen als wir selbst. Dieser Zustand lasse sich nicht durch Gesetze, sondern nur dadurch ändern, daß wir geistig unsere Aufgaben gewachsen sind.

— Nach beendeter Diskussion, die sich auf sehr mäßiger Höhe bewegte, gelangte zunächst eine vom Referenten vorgelegte Entschlebung zur Annahme; ferner eine Entschlebung betreffend die Betriebsräte in den Staatsbetrieben und schließlich eine programmatische Entschlebung von Breu und Genossen zur Betriebsrätefrage.

Am vierten Verhandlungstag erreichte der Kongress seinen geistigen Höhepunkt mit dem Referat Dr. Singheimers über „Das zukünftige Arbeitsrecht in Deutschland“. Der als Professor an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. wirkende Redner betonte zunächst, daß jede Beurteilung des Arbeitsrechts heute davon ausgehen müsse, daß das Arbeitsrecht in Entwicklung und Inhalt an die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des gesellschaftlichen Lebens gebunden sei. Die deutsche Wirtschaft sei nicht mehr ganz privathospitalistisch, aber auch noch nicht sozialistisch eingestuft, und auf diesen Übergangsbahnen bzw. Schwerezustand müsse jede Erörterung des Problems Rücksicht nehmen. In den Vordergrund sei der Ruf nach der einheitlichen Arbeitsbehörde, nach dem Arbeitsamt für alle Arbeitnehmer zu stellen. Heute bestesse auf der einen Seite die allgemeine Verwaltung, die sich nebenbei mit arbeitsrechtlichen Fragen befaßt, auf der anderen Seite gebe es eine Unmenge von Einzelbehörden, die nebeneinander arbeiten, sich von Tag zu Tag vermehren und immer unübersichtlicher und kostspieliger werden. Die einheitliche Arbeitsbehörde hätte zuerst die ökonomische Aufgabe, Kosten und Kräfte zu sparen. Ein einheitlicher sozialpolitischer Tätigkeitswille mühte in dieser Arbeitsbehörde vorhanden sein. Der kollektive, demokratische Gedanke der behördlichen Tätigkeit müsse sich durchsetzen, um zu einem lebendigen Arbeitsrecht zu kommen. Die Einrichtung der Arbeitsgerichte sei als eine der wichtigsten Fragen des künftigen Arbeitsrechts anzusehen. Sie gehörten in die einheitliche Arbeitsbehörde hinein und dürften nicht den ordentlichen Gerichten angegliedert werden. Aus allgemeinem, sozialem Staatsinteresse müsse allerdings an der Eingliederung der Arbeitsgerichte auch die Justiz beteiligt sein. Es müßten dem Schriftsen neue Tätigkeitsgebiete zugewiesen werden, die ihn mit der Arbeiterkraft in engste Berührung bringen. Schon mancher Arbeiterberuf sei durch die Gewerkschaften ertragen worden und sie würden noch manche andre Kreise erleben. Verteilung der Justiz, aber niemals Herrschaft der Justiz über die Arbeitsgerichte! Dagegen würden die lebendigen Kräfte der Arbeitnehmer gebraucht. Nicht die staatliche Bureauratie, sondern der Geist der sozialen Gesetzgebung und Selbstverwaltung müsse im Vordergrund stehen. Nicht die staatliche Gesetzgebung, sondern das Gewerkschaftsrecht hat zu großen Fortschritten geführt. Der Referent erteilte langanhaltenden, tiefenden Beifall. Es wurde beschlossen, die Rede im Druck erscheinen zu lassen.

Bundesvorstand und Bundesausschuss des ADGB hatten ihre Stellungnahme zum Arbeitsrecht, gemäß den

Beifügen des Referenten, in einer umfangreichen Entschlebung niedergelegt. Ein Zusatzantrag zu dieser Entschlebung, in dem gefordert wurde, daß mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Durchführung der Schlichtungsordnung verweigert werden muß, wurde abgelehnt. Dagegen gelangte die Resolution des Bundesvorstandes zur Annahme mit der Änderung, daß Überarbeit nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig sein soll, und daß an den Beschlüssen des internationalen Gewerkschaftskongresses in Rom in bezug auf das Arbeitsrecht und den Achtstundentag festgehalten werden soll. Angenommen wurden weiter zwei Anträge der Eisenbahner, die Geltung des Grundgesetzes „kein Konstitutionsrecht ohne Streikrecht“ auch für die Beamten des Reiches anzuerkennen.

Den Tarifarbeitern, die im Begriffe stehen, den von den Scharfmachern des Unternehmertums provozierten Kampf um die 46-Stunden-Woche aufzunehmen, drückte der Gewerkschaftskongress seine warmen Sympathien aus.

Darauf trat der Kongress in die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte“ ein, wozu Wiffell das einleitende Referat erstellte. Erst am Anfang der wirtschaftlichen Neuordnung stehend, wisse niemand, ob der eingeschlagene Weg im Sozialismus ausmündet. Unser Ziel sei, einen Wirtschaftsaufbau zu schaffen, in dem keine Arbeitskraft gehakt, kein Lohn gezahlt und kein Profit gemacht wird. Zu den bisherigen Aufgaben der Gewerkschaften seien neue gekommen, die Erfahrungen erfordern, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung noch nicht vorhanden sind. Die Not der Zeit habe die Erkenntnis reifen lassen, daß der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens die Kräfte der Arbeiterkraft nicht entbehren kann. Das habe den Arbeiter zum Objekt zum Subjekt der Wirtschaft emporgehoben. Gegen die Arbeitsgemeinschaft würden heute dieselben Argumente geltend gemacht, die man vor 20 Jahren gegen die Tarifverträge ins Feld führte. Der tiefere Sinn der Wirtschaftsgemeinschaft sei, die Arbeiter als Gleichberechtigte, als Mitbestimmende an der Wirtschaftsgestaltung zu beteiligen. Der lange und zähe Wirtschaftskampf werde nur dann von Erfolg sein, wenn Wirtschaftsführer gewonnen und herangebildet würden. Wenn die Träger des Klassenkampfgedankens sich hermetisch abschließen und sich weigern, mit den Unternehmern an einem Tische zu sitzen, dann bereiten sie diesen nur eine Freude. Sehr oft sei diese Weigerung auch der Ausdruck eines Mangels an Vertrauen, den Unternehmern geistig gewachsen zu sein. Gerade für diejenigen, die kein Vertrauen in ihre eigene Kraft hätten, bestesse alle Veranlassung, Leute heranzubilden, die sich von den Unternehmern nicht an der Nase herumführen lassen. Die großen Probleme unseres Wirtschaftslebens könnten nicht auf dem Wege der Gesetzgebung allein erledigt werden. Notwendig sei dazu die Mitarbeit aller, die im Wirtschaftsleben stehen. Die Gewerkschaften dürften keine Körperlichkeit anerkennen, in der nicht der Grundgedanke der parteilichen Gleichberechtigung verwirklicht werde. Nicht gehe der Kampf um die Teilnahme der Arbeiter an der Wirtschaftspolitik. Der Artikel 165 der Reichsverfassung müsse ausgebaut werden. Die Wirtschaft sei nicht mehr Sache eines einzelnen, sondern Sache der Allgemeinheit. Grundlag müsse sein, daß alle Wirtschaftszweige einer Industriezweig in gemeinsamen Beratungen zwischen Arbeitern und Unternehmern geregelt werden. Nur über die parteilichen Stammern, aus denen auch die Wirtschaftsräte hervorgehen müßten, führe der Weg zum Reichswirtschaftsrat. Wir müßten eindringen in alle Machtpositionen des Unternehmertums und darum die Forderung nach voller Gleichberechtigung erheben, das sei eine notwendige Zwischenstufe zur Umwandlung der Wirtschaft, die nicht überprüngen werden dürfe. (Lebhafter Beifall.)

Als Korreferent zu diesem Punkte führte Simon, der Vorigen des Schuhmacherverbandes, aus, der Vorwurf der Reichsverfassung sei nicht ausschlaggebend, sondern die wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Je mehr wir uns vom November 1918 entfernen, desto mehr würden die Grundgesetze der Revolution abgebaut, desto mehr gewinne der Kapitalismus an Einfluß. Ein Beispiel dafür sei die Vorlage der neuen Schlichtungsordnung. Die Arbeitsgemeinschaften ständen auf dem Boden des Ausgleichs der Interessengegenläge. Sobald es gelte, etwas im Interesse der Arbeiter zu tun, verlangten sie. Bei Verhandlungen mit den Unternehmern als solchen habe der Arbeitervertreter die Macht hinter sich, die ihm seine Organisationsverleihe. In der Arbeitsgemeinschaft komme aber nicht die Macht, sondern die Überlegenheit des Kapitals zum Ausdruck. Die Arbeitsgemeinschaft als eine Vorstufe des Sozialismus zu bezeichnen, sei absurd. Eine ganze Reihe von Organisationen seien nicht in der Arbeitsgemeinschaft verteilt. Diese sei also nur ein Torso. Die Gewerkschaftsmittelglieder seien noch nicht alle Sozialisten, und sie könnten daher bei der Arbeitsgemeinschaftspolitik zu dem Glauben kommen, die Harmonie nach Friedrich Düncker sei das Mittel, zur wirtschaftlichen Befreiung zu gelangen. Auch der Korreferent erteilte lebhaften Beifall.

Die Diskussion verlief den Ausführungen der beiden Referenten entsprechend. Es kam zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Berliner Buchbinder und Metallarbeiter usw.: „Der Kongress wolle beschließen, und der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten“. Für den Austritt stimmten 345 Delegierte, die 3532429 Mitglieder vertraten; dagegen 327 Delegierte als Vertreter von 3803230 Mitgliedern. 18 Delegierte fehlten bei der Abstimmung. Sonach war der Austritt mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Ein derartiges Resultat war für den Bundesvorstand insofern von prinzipieller Bedeutung, als dieser darin eine Beurteilung seiner bisherigen Taktik erblicken mußte. Das veranlaßte den Bundesausschuss, alsbald zu der existierenden Situation Stellung zu nehmen. Infolgedessen wurden die Verhandlungen verlagert. (Schluß folgt.)